

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Mittwoch, den 18. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Kapitalistische Akkumulation an der Lena.

„Innerhalb des kapitalistischen Systems — so formuliert Karl Marx das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation — vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, . . . sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schleudern sein Weib und Kind unter das Juggernautrad des Kapitals . . . Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

Eine krasse Illustration zu diesen Worten bilden die Schilderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den jetzt berühmt gewordenen Goldgruben an der Lena. Es scheint, als ob die klassischen Schilderungen von Marx und Engels, die sich auf England vor Beginn der großen Industrie beziehen, direkt den jetzigen russischen Zuständen angepaßt sind. In den Lena-Goldgruben haben die Exploitationsmethoden des russischen und des mit ihm zusammen arbeitenden ausländischen Kapitals allerdings die höchste Vollendung gefunden. Sie sind aber für das ganze Zarenreich charakteristisch, wo eine kruppellose, habgierige Unternehmerrasse alle Methoden der Ausbeutung, von den einfach brutalsten bis zu den technisch vollkommensten nebeneinander anwendet, um den Produzenten an das Kapital zu schmieden. Hören wir, wie einer der Verteidiger der Lenaarbeiter, der Jurist Rechtsanwalt G. Patuschinsky, der die Verhältnisse im Streifgebiet eingehend studiert hat, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter charakterisiert.

Nach dem die Lena-Gesellschaft alle konkurrierenden Unternehmungen aufgekauft oder vernichtet hatte, wurde sie zur absoluten Herrscherin auf einem ungeheuren Gebiete. In Bobaibo ist der Telegraph, die Eisenbahn, das Krankenhaus Eigentum der Lena-Gesellschaft, die auch die Regierungsinstitutionen regelmäßig subventioniert. Unter die unkontrollierbare Gewalt dieser mächtigen Gesellschaft, die ihre Fänge weit in die Reihen der Petersburger Regierung streckt, sind 6000 Arbeiter mit ihren Angehörigen gestellt. Es bestand zwar eine Art Arbeitsvertrag, aber die Lena-Gewaltigen scherten sich den Teufel um ihn. Es besteht ein für das ganze Reich gültiges Berg-Reglement, aber in den Domänen der Goldkapitalisten war es außer Kraft gesetzt. Als der Direktor der Goldgruben Belosjerow, sein Amt antrat, hielt er vor den Arbeitern eine Ansprache, die mit den Worten endete: „Bei mir werdet ihr, Brüderchen, so arbeiten müssen, daß von den Pferden nur der Schweiß und die Mähne, und von den Menschen nur der Nase und die Augen übrigbleiben werden!“ Nachdem alle benachbarten Goldgruben angekauft waren, begann die Lena-Gesellschaft systematisch die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Der tägliche Arbeitslohn wurde von 1,80 Rubel auf 1,50 Rubel herabgesetzt. Die Technik bei der Grubenarbeit war so primitiv, daß die Arbeiter ständig Verluste erlitten. Außerdem bestand ein ganzes System von falschen Messungen, durch die die Arbeiter geprellt wurden. Die Lohnauszahlung fand einmal monatlich statt, wobei die Arbeiter niemals die Höhe ihrer Ausbeute genau kannten. Im Gegensatz zu den gesetzlichen Forderungen wurde der Lohn in Talons an den Kaufmann der Gesellschaft ausgezahlt, aus welchem die Arbeiter sämtliche Gebrauchsartikel zu gewaltig emporgeschraubten Preisen beziehen mußten. Eine beständige Drohung für die gelehrten Arbeiter war der Punkt des Vertrages, nach dem sie jeden Augenblick in die Reihen der Hilfsarbeiter übergeführt werden konnten. Außer den Talonzahlungen wandte die Lena-Gesellschaft noch andere Exploitationsmethoden an. Ein Teil des Lohnes wurde systematisch zurückgehalten (die Gesamtsumme des zurückgehaltenen Lohnes belief sich in letzter Zeit auf mehr als 1/2 Million Rubel), wobei den Arbeitern keine Zinsen gezahlt wurden.

Die Schilderung der Arbeits- und Wohnungsverhältnisse im Lenagebiet übersteigt alles, was Marx über das Leben der englischen Grubenarbeiter in den 60er Jahren mitteilt. Selbst die Vorschriften des russischen Gesetzes werden in den Lena-Gruben nicht beobachtet.

Die Schächte sind nicht mit Brettern beschlagen. Zur Beleuchtung eines ganzen Schachtes werden einige Lichtstrümpfe geliefert. Bei den Sprengungsarbeiten wurden die Arbeiter häufig verletzt. Die geflickt vorgeschriebene Arbeitskleidung (Lederrock und Stiefel) wird den Arbeitern nicht geliefert. Die Zahl der Unfälle ist enorm groß; 1910 wurden allein 410 Unfälle registriert.

Die Wohnungen der Arbeiter werden von Herrn Patuschinsky in den entsetzlichen Farben geschildert. In den Kasernen, die sich eher für Stallräume eignen, sind alle Geschlechter, alle Altersstufen zusammengewürfelt. Keine Spur von Sauberkeit und Hygiene. Krankheiten und Laster sind die unausbleibliche Folge der Wohnungsverhältnisse. Wir haben keine Kinder, wir haben keine unschuldigen Mädchen! klagen die Arbeiter. Nicht besser steht es mit der ärztlichen Hilfe. Nicht nur, daß es an den geflickt vorgeschriebenen Ärzten und Spitalern mangelt, gestattet die Direktion nicht einmal, daß die Arbeiter im Krankheitsfalle von der Arbeitsstätte fortbleiben. Der Arbeiter Nemira starb, weil man ihm nicht den nötigen Urlaub gewährte. Im Spital selbst werden Männer und Frauen, Gebärmütter und Sphilitische nebeneinander plaziert.

Eine weitere Eigentümlichkeit der Lebensverhältnisse in den Lena-Goldgruben ist die erzwungene Prostitution der Arbeiterfrauen. Auf die Forderung der Arbeiter, die Verheirateten gesondert von den Unverheirateten zu plazieren, antwortete die Verwaltung in einem offiziellen Dokumente, diese Trennung sei undurchführbar, da es im Lena-Revier keine „gesetzlich reglementierte Prostitution“, d. h. keine Bordelle gebe! Rechtsanwalt Patuschinsky teilt darüber noch folgendes mit: Insgesamt sind 42 Prozent sämtlicher Arbeiter verheiratet und laut dem Arbeitsvertrag verpflichtet, ihre Frauen und Töchter den Grubenbeamten zur „Leistung häuslicher Arbeiten“ zur Verfügung zu stellen. Diese „häuslichen Arbeiten“, die schlimmste Hörigkeit die man sich vorstellen kann, sind nichts weiter als der Deckmantel der furchtbarsten Prostitution, der sich die Frauen und Töchter der Arbeiter unter der Androhung der sofortigen Entlassung und Maßregelung des Gatten oder des Vaters unterwerfen müssen. Das „Juggernautrad des Kapitals“ geht erbarmungslos über die Weiber und Kinder der Arbeiterklaven hinweg, die in die Fänge der Goldmagnaten geraten sind.

Krieg im ungarischen Parlament.

Mit einer Heftigkeit sondergleichen hat die Opposition im ungarischen Reichstage, der am Dienstag seine Arbeiten nach den Sommerferien wieder begann, gleich am Eröffnungstage eingeleitet. Bekanntlich verlangten die oppositionellen Parteien von der Regierung, daß die neue Geschäftsordnung wieder beseitigt wird, daß der Ministerpräsident seine Entlassung erhält oder nimmt, daß das Wahlrecht verbessert und die Press- und Versammlungsfreiheit sichergestellt wird. Da die Regierung keine Lust zeigt, den Wünschen und Forderungen der Opposition nachzukommen, so entsfaltete diese am Dienstag in der Eröffnungssitzung des Reichstages einen heftigen Sturm. Was wird darüber aus Budapest gedruckt:

Am Dienstag wurde der Reichstag eröffnet, gerade so, wie er im Juni geschlossen wurde. Riesiger Lärm herrschte. Mit Automobildschiffen bewaffnet, kam die gesamte Opposition in den Reichstag. Vor Beginn der Reichstagsitzung hielt die Opposition eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Am 10 Uhr vormittags eröffnete der Präsident Graf Tisza die Sitzung. Sofort erhob sich die gesamte Opposition und überhäufte den Reichstagspräsidenten und den Ministerpräsidenten Lukacs mit den größten Schimpfwörtern, wie Gauner, Landesbetrüger usw. Von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags tagte der Reichstag; jedoch war es dem Präsidenten nicht möglich, ein einziges Wort hervorzubringen. Auf den Tischen und Bänken standen die Abgeordneten, mit Revolvern und Hausgeschloßeln bewaffnet, standen sich die Parteien gegenüber. Lukacs war von einer Schar umgeben, so daß man ihn garnicht erblicken konnte. Bis 4 Uhr nachmittags war eine Beratung unmöglich. Der Keller des Reichstags war vollgeproppelt von Polizisten. In den Vorstädten (Arbeitervierteln) war die Gendarmerie aus der Provinz zusammengezogen und in den Kasernen steht das Militär in Bereitschaft. Die Arbeiterschaft ist ruhig und geht ihrer Arbeit nach. Jedoch wird für den Abend, falls der Reichstagspräsident einen Gewaltstreik beabsichtigen sollte, eine Demonstration der Arbeiter und der oppositionellen Führer befürchtet.

Als nach einer Pause die Sitzung um 1/2 5 Uhr wieder eröffnet wurde, fing der Lärm von neuem an. Graf Tisza schrie die Namen der Abgeordneten auf einen Bogen, die

aus dem Saal entfernt werden sollten und verließ, gefolgt von den Ministern und der ganzen Regierungspartei, den Saal. Gleich darauf kam ein Polizeioberinspektor in den Saal, hielt einen Bogen in der Hand und forderte den Abg. Fämsjy auf, den Saal zu verlassen. Der Abgeordnete weigerte sich, worauf sich der Polizeioberinspektor aufs Bitten verlegte. Graf Andrássy forderte den Abgeordneten auf, nicht Folge zu leisten, worauf sich die gesamte Opposition, 104 Mann stark, in der Mitte des Saales gruppierte und den Abgeordneten, der aus dem Saal geführt werden sollte, in ihre Mitte nahm, und so stand der Polizeioberinspektor ratlos von 1/4 5 bis 1/2 7 Uhr nachmittags (bei Abschluß dieses Berichts) der gesamten Opposition gegenüber. Die Polizei will keine Gewalt gebrauchen, sie fürchtet sich nicht nur vor der Opposition im Reichstage, sondern auch vor dem Volke draußen. Die Situation ist aufs höchste gespannt. Das Ministerium hält eine Konferenz ab. Jeder sieht unerschrocken dem Ende der Sitzung entgegen. Die Opposition ist bereit, das Äußerste zu wagen.

Die oppositionellen Parteien haben auch die Teilnahme an den Delegationen abgelehnt und die ihnen von der Regierungspartei angebotenen Mandate zurückgewiesen. Wie wenig die Regierung zum Nachgeben bereit ist, hat Ministerpräsident Dr. v. Lukacs am Montag abend in einer Konferenz der Regierungspartei offenbart. Er erhöhte die Opposition, der es nicht gelungen sei, weite Volkskreise aufzuregen. Er sei bereit, ein Gesetz zu schaffen, das die Immunität der Abgg. mit neuen Garantien umgeben und das Verhältnis des Präsidenten zu den Abgg. regeln soll. Bezügl. des Wahlrechts erklärte Lukacs, namentlich die industrielle Arbeiterschaft solle eine Vertretung erhalten, die ihrer Intelligenz und der Anteilnahme an den öffentlichen Lasten entspreche. Schließlich kündigte Lukacs die schärfsten Maßnahmen gegen die Opposition an.

Die Steuerung.

Aber die Ursachen der Fleischsteuerung darf nicht gesprochen werden — dieser Grundgedanke wird im Stadtparlament in Ostrode proklamiert. Die Stadt liegt in der Domäne des Reichstagsabgeordneten Nehel, der auf dem Gebiete der Schnapsproduktion als Autorität gilt. Der einzige Sozialdemokrat, der in dieser Stadtverordnetenversammlung sitzt, wollte bei der Erörterung über eine Eingabe wegen der Fleischsteuerung die Ursachen dieser Steuerung schildern, und daher auch auf die Schutzzölle eingehen, doch da Schwarm der Stadtverordnetenvorsteher seine Glocke und unterbrach den Referenten mit dem Bemerkten, er würde ihn über die Wirtschaftspolitik und über die Zölle nicht sprechen lassen, denn das sei eine politische Rede. Als der Redner erklärte, daß die Fleischsteuerung mit der Wirtschaftspolitik und den Zöllen in Zusammenhang stehe, und daß er gerade auf die Ursachen eingehen müsse, um deren Beseitigung empfehlen zu können, wollte das dem Herrn Vorsteher nicht einleuchten. Schließlich erkannte selbst die Stadtverordnetenversammlung die Fleischsteuerung an und beschloß, eine Eingabe an die Staatsregierung zu richten.

Eine am Donnerstag stattgefundene Sitzung des Gemeinderats in Sena hatte sich mit der „Verhinderung der Steuerung“ zu beschäftigen. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten einen Antrag eingebracht, der unsere bekannten Forderungen enthält und den Passus hinzugefügt: „Der Gemeinderat wolle außerdem vorläufig eine Summe von 10 000 Mk. bewilligen, damit städtische Einrichtungen geschaffen werden zur Versorgung der Bevölkerung Senas mit preiswerten Lebensmitteln.“ Zur Erledigung dieser Angelegenheit wählte der Gemeinderat aus seiner Mitte eine Kommission von sieben Mitgliedern.“ Nach der Begründung des Antrages durch Gen. Leber gab auch der Oberbürgermeister zu, daß in diesem Jahre eine Fleischsteuerung eingetreten ist, die dringend nach Abhilfe schreit. Über den eingebrachten Antrag wurde getrennt abgestimmt. Der erste Teil fand einstimmige Annahme, wogegen sich gegen den letzten Absatz eine Minderheit von 4 Stimmen erklärte.

Die sofortige Einberufung des Deutschen Städtetages, der Maßnahmen gegen die Steuerung treffen soll, verlangte eine in Freiburg i. B. tagende Konferenz der Oberbürgermeister der badischen Städte.

Die Hohn auf die Entschuldigungen der Kommunen und auf die Protestaktionen des Volkes klingt eine Meldung der „Kieler Neuesten Nachr.“, nach der der Reichskanzler seine Entschuldigungen über eventuelle Reichsmaßnahmen gegen die Fleischsteuerung betragt habe. Zuerst sollen die Bundesregierungen über die Vorschläge des Reichsamts des Innern befragt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abgewinnwelt.

Der konservative preussische Landtagsabgeordnete Khardt, der jüngst auf der Tagung deutscher Handwerkerkammern in Würzburg einen Zusammenstoß mit den Regierungsvertretern hatte, hat seine Amler im Hanjabund und in der Mittelstandsvereinigung niedergelegt. Selbstredend wird berichtet, daß dieser Rücktritt völlig freiwillig erfolgte; wer es nicht glauben will, mag es bleiben lassen!

Nationalliberale Kampfanzeige gegen die Sozialdemokratie.

Auf der Landesversammlung der nationalliberalen Partei Württembergs bekundeten alle Redner eine scharfe Abneigung gegen eine Großblock-Politik nach babischem Muster, weil in Württemberg die Gefahr einer schwarz-blauen Mehrheit nicht vorhanden sei. Der geeinigste Liberalismus (Nationalliberale und Volkspartei) müsse bei den kommenden Landtagswahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einer ganz außergewöhnlichen Schärfe führen. Wir zittern!

Der Arbeitswillige ist eine heilige Person.

Auf die Rundfrage des Handelsstammertages bezüglich der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hat sich nunmehr auch die sächsische Handelskammer geäußert, und zwar sprach man sich dort, wie bei der Zusammenkunft dieser Kammer nicht anders zu erwarten war, für eine schärfere Auslegung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzes aus; jede Belästigung eines Arbeitswilligen müsse als Nötigung und Bedrohung bestraft werden. Mit dieser Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen müsse ein noch härterer Schutz der Arbeitswilligen durch die Polizeiorgane Hand in Hand gehen. Der Arbeitswillige muß von seiner Wohnung bis in die Fabrik durch die Polizei geschützt werden.

In der Debatte kehrte den unverfälschten Typ eines struppeligen Schürmachers der Kommerzienrat Ludovici-Ludwigshafen heraus. Dieser Ziegeleibesitzer, Mitinhaber des „unparteiischen“ General-Anzeigers für Ludwigshafen und Aufsichtsrat eines halben Duzend Aktiengesellschaften dürrte nach dem Blut der Streifen; in seinen Ausführungen sagte er u. a.:

„Der gegenwärtige Zustand schreie zum Himmel. Wer werde denn von den strafrechtlichen Bestimmungen getroffen? Nur unordentliche Menschen, Gesindel und Agitatoren. Die Arbeitswilligen müßten in Zukunft besser geschützt werden, und wenn es Blut koste. Der Arbeitswillige ist eine heilige Person, er muß geschützt werden, koste es, was es wolle!“

Der millionenreiche Oberbürgermeister Ludovici gehört politisch der nationalliberalen Partei an, seine blutrünstigen Ausführungen und sein Heiligenkult mit den Arbeitswilligen fanden verständnisvolle Zustimmung bei der Mehrheit der sächsischen Industriellen.

Die Besitzsteuervorlage.

Ein offizielles Korrespondenzblatt meldet zu der in Aussicht gestellten Besitzsteuervorlage: Als Grundlage dient die Tatsache, daß die Einbringung einer allgemeinen Besitzsteuer gesetzlich festgelegt ist. Als allgemeine Besitzsteuer gelten nach einer Erklärung der Reichsregierung eine Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer. In diesem Rahmen kann also die kommende Vorlage überhaupt nur liegen. Da der Bundesrat an dieser Stelle berufen ist, über die Vorlage eine Entscheidung zu fällen, so ist es naheliegend, daß man zunächst mit den Bundesregierungen sich über die vorhandenen Möglichkeiten für die Gestaltung des Gesetzentwurfes verständigen wird. Als Einleitung zu solchen Erörterungen dient erhaltungsgemäß eine Darstellung aller in Frage kommenden Steuerformen. Auf Grund einer derartigen Denkschrift ist jede Bundesregierung in der Lage, ihren Standpunkt zur Sache einzunehmen. Unwiderprochen ist mitgeteilt, daß im Spätherbst d. J. eine Beratung der bundesstaatlichen Finanzminister in Berlin stattfinden wird, wie sie in den letzten Jahren bei jeder finanzpolitisch bedeutenden Vorlage stattgefunden hat. Das dann bei dieser Beratung auf Grund des vorher unterbreiteten Materials die Entscheidung über die Auswahl der Steuerform von Seiten der Bundesregierungen erfolgen wird, ist mehr wie wahrscheinlich. Aus diesen Erwägungen, die keiner Inspiration von einer zuständigen Stelle bedürften, geht hervor, daß gegenwärtig und auch in der nächsten Zeit niemand in der Lage ist, auch nur mit einem Schein von Berechtigung Mutmaßungen über die kommende Besitzsteuer anzustellen.

Konservatives Denunziantentum.

Auf dem Mittelständtag in Braunschweig wurde ein Referat des Professors Lamprecht aus Brüssel über Karrenhäuser und Konsumvereine unterzogen, angeblich deshalb, weil der in Aussicht genommene Redner Ausländer ist. Das veranlaßt die „Kreuzzeitung“ zu einer handlichen Denunziation, indem sie schreibt:

Vergleicht man nun gar damit die schonende Rücksichtnahme gegen die Sozialdemokratie, auf deren Parteitag der Ausländer ganz ungeschont politische Begründungen hatten, so muß dieses unterirdische Vorgehen aus höchster Bestürzung sein. Es muß bei den „Genossen“ schon zu direkt skandalösen Vorfällen kommen, wie ihn auf dem Parteitag in Stuttgart der Engländer Quach hervorrief, ehe sie hart angefaßt werden. Derselbe Quach, der damals wegen seiner Kaplosigkeit ausgewiesen werden mußte, macht sich jetzt wieder in Chemnitz auf dem sozialdemokratischen Parteitag als Redner in dem sogenannten „Massenmeeting“ breit.

Es wäre auf jeden Fall zu wünschen, daß im ganzen Reich gegenüber ausländischen Rednern in Versammlungen politischen Charakters nach einheitlichen Grundsätzen verfahren würde. Zur Stärkung des Rechtsempfindens kann es nicht beitragen, wenn auf einer wirtschaftlichen Tagung ein Referat über eine politische

recht unverfängliche Frage unterzogen wird, die Sozialdemokraten aber ungehindert in ihrem „Massenmeeting“ ausländische Hehredner als Agitatoren wirken lassen dürfen.“

Die Konservativen tun sich soviel zugute auf ihre vornehme Kampfweise, und die schäbige Denunziation des Funterblattes soll jedenfalls auch nichts weiter darstellen, als einen ganz markanten Ausdruck konservativer „Vornehmheit“.

Scheiden tut weh!

Der bisherige Leiter der „Nationalliberalen Korrespondenz“ Dr. Stephan-Neumann ist aus seinem Amte ausgeschieden — worden. Sein Nachfolger ist ein Herr Karl Truchsch-Berlin. — Es erregte einiges Aufsehen, als Stephan-Neumann mit der Leitung des parteiamtlichen nationalliberalen Organs betraut wurde, denn er war gar nicht nationalliberal, sondern reichsverbändlerischer Antisemit. Zur Förderung der Wirren in den Reihen der Nationalliberalen hat er alles beigetragen, was in seinen schwachen Kräften stand. Viel war es ja nicht, aber schließlich mußten seine Auftraggeber bei ihm den Willen für die Tat nehmen.

Reichstagswahl in Säcklitzstadt.

Die am Montag vorgenommene Erziehungswahl für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Will im Wahlkreis Säcklitzstadt hat, wie vorauszusehen war, mit einem Siege des Zentrumskandidaten Dr. Haegy-Colmar geendet. Er erhielt 7112, Imbs (SD.) 2759 und Andlauer-Säcklitzstadt (Fortjhr. Volksp.) 2306 Stimmen. Bei der Hauptwahl im Januar 1912 erhielt Dr. Will 8492, Genosse Imbs 4065 Stimmen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen kann schon ohne weiteres auf die Aufstellung eines Fortschrittlers bei der Nachwahl zurückgeführt werden, denn bei der Hauptwahl scheinen alle Gegner des Zentrums, in Ermangelung eines bürgerlichen Kandidaten, für den Sozialdemokraten gestimmt zu haben.

Der Nachfolger des Herrn v. Erffa.

Bei der Erziehungswahl für den verstorbenen Präsidenten des preussischen Landtages, Freiherrn v. Erffa, im Wahlkreis Schleusingen-Ziegenrück, wurde mit 135 Stimmen Wagner-Schleusingen gewählt. Auf seinen nationalliberalen Gegenkandidaten Kaufmann Dörr-Suhl entfielen 67 Stimmen. Wagner ist selbstverständlich konservativ und eigentlich noch selbstverständlicher preussischer Landrat.

Der klamierte Hahn.

Dieterich Hahn vom Bunde der Landwirte, einstweilen Bankbeamter und jetzt „Wiphalt-Agrarier“, hat seinem früheren Wahlkreis Gießmünde-Neuhaus-Otterndorf zum erstenmal seit seinem Durchfall wieder einen Besuch abgestattet und diese Gelegenheit benutzt, den Wählern den Kopf zu waschen. Er führte nach Blättermeldungen u. a. aus:

„Ich habe mich ja vor dem ganzen deutschen Vaterlande klamiert, daß ich 138 mal aufgetreten bin und nur 8000 Stimmen erhielt. Und ich muß es auch hier sagen, auch viele meiner Freunde haben nicht das getan, was sie hätten tun können. Man hat mir früher einmal den sicheren Wahlkreis Prenzlau angeboten, ich habe ihn ausgeschlagen, weil ich mich in den Dienst der Heimat stellen wollte. Ich halte daran fest an diesem Grundgedanken, ob Sieg oder Niederlage. Ich verlasse die Heimat nicht! ... Was hat es mir genutzt, daß ich für die Lehrer, für die Beamten eintrat? ... Ich muß sagen, daß ich ein zweites Mal nicht wieder der Gefahr einer Niederlage mich aussetzen werde, ich gehe in einen anderen Wahlkreis! Aber ich werde dem 19. Wahlkreis meine ganze Kraft zur Verfügung stellen, daß nicht wieder der rein ländliche Wahlkreis von einem Abgeordneten vertreten werde, der Geschäftsführer des Hanjabundes ist.“

Herr Dr. Hahn wird schon nach dem Oben gehen müssen, um einen Kreis zu finden, der ihm seine Vertretung im Reichstage anvertraut.

Holland.

Das Parlament ist gestern eröffnet worden. Aus diesem Anlaß fand eine gewaltige Kundgebung der Arbeiter statt. Wie vorauszusehen kam es zu Zusammenstößen mit der ruhestörenden Polizei.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 18. September.

Die Geschäfte des Parteisekretariats werden von heute an bis Sonnabend wegen Renovierungsarbeiten im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 9 erledigt.

„Sozialdemokratische Roheit.“ Endlich ist es einmal dem Reichsverband gelungen, Hipp und Klar nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie die Jugend ganz entschieden verrotze. Ist da vor kurzem im Vorwärtsverlage ein Buch unter dem Titel „Das Land der Zukunft“ erschienen, in dem der Verfasser Genosse Leo Kollisch seine Erlebnisse in Argentinien schildert. Das Buch ist von Gähre mit einem Vorwort versehen, das es für ein ausgezeichnetes Arbeiterjugendbuch erklärt. In dem Buch befindet sich folgende Stelle:

Schließlich aber kam ich einmal mit einem der Gaujes in Streit, ich ließ über seinen Marienglauben geäußert habe; ich konnte mich nur dadurch vor seinem glaubenseifrigen Messer bewahren, daß ich ihm noch rechtzeitig eins mit dem Stiefelabsatz vor den Bauch gab; und da mein Absatz stärker war als sein Marienglaube, so blieb der Kerl liegen, und ich sah, daß ich weiter kam.“

Das war ein Fressen für die Reichsverbandsjüdlinge, aus das sie sofort mit großem Eifer fürzten. Und es flog folgender Entschuldigungsbericht mit der Reichsverbandskorrespondenz in die Redaktionen aller thron- und altartführenden Blätter, die ihren Lesern die geringe Kost aus der Reichsverbandsliste vorsetzen. Es heißt in der Reichsverbandskorrespondenz:

Der Verfasser entpuppt sich hier als ein roher Patron, und ein jüdischer Papst gibt zu dieser Roheit noch seinen Segen. Der Sozialdemokrat Gähre meint, das allerwertvollste an dem Buch sei, daß alle diese Schilderungen ein überprüfbar und klarstellend Sozialdemokrat geschrieben habe. Das heißt aber auch die einzige Besonderheit an

diesem Buche zu sein, und wir würden den jungen Arbeiter bedauern, der im Verfasser wie Gähre „ein fast ideal empfundenes Vorbild eines sozialistischen Kämpfers“ sieht und der sich vornimmt, nach dem Wortlaut des Gähreschen Vorwortes: „So wie der, so will auch ich sein.“ Die Sozialdemokratie untergräbt in den Massen den Sinn für unsere vaterländische Geschichte und füttert die Jugend mit den höchst zweifelhaften literarischen Erzeugnissen sozialistischer Fanatiker. Mit solchen Werken wird die Jugend nicht sittlich veredelt, sondern vergiftet.

Es ist auch unerhört von dem Genossen Kollisch, daß er sich nicht von dem frommen Gauje das Messer in den Bauch rennen ließ. Ein so verworrenes Subjekt, wie es ein Sozialdemokrat ist, hat nach Ansicht des Reichsverbandsgelehrten nicht das Recht, sich zu wehren. Es ist vielmehr seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, es mit Freuden zu begrüßen, wenn irgend eine Ordnungsmacht die Welt von seinem Dasein befreien will.

Warum ich die Versammlungen nicht besuchen kann. Ähnlich wie an anderen Orten, so leiden auch unsere Versammlungen, nicht nur die der Partei, sondern auch die der Gewerkschaften, häufig daran, daß sie verhältnismäßig schlecht besucht werden. Die Vorstände können sich Mühe geben, die Versammlungen interessant zu gestalten, trotzdem sterben die akuten und chronischen Versammlungschwänzer nicht aus. Fragt man sie dann, warum sie die Versammlung nicht besucht haben, so hört man manchmal die interessantesten Ausreden. Jeder hat eine andere Ausrede, wovon die meisten davon leiden, daß sie nicht als Entschuldigung gelten können. Es sind eben nur Ausreden. Die Ausreden, sich vom Versammlungsbesuch zu drücken, sind so viel, daß man davon mal ein Sammelurium aufmachen kann. Vielleicht gibt es auch bei uns noch Versammlungschwänzer, die um Ausreden verlegen sind. Diese können sich dann eine aussuchen, bezw. zurechtlegen.

1. Ich hatte zu tun.
2. Es war mir nicht ganz wohl.
3. Ich hatte eine Verabredung.
4. Ich hatte mich im Datum geirrt.
5. Ich ging vorbei, glaubte aber, es sei noch niemand da.
6. Ich war zu einer Gesellschaft geladen.
7. Ich brachte einen Verwandten zur Bahn.
8. Ich hatte noch Besorgungen zu erledigen.
9. Ich wollte einen kranken Freund besuchen.
10. Ich war bei einer Hochzeit.
11. Meine Hühneraugen schmerzten so sehr; meine Füße brauchten Ruhe.
12. Ich konnte mein Mitgliedsbuch nicht finden.
13. Solange der Genosse A. . . . den Vorfall führt, komme ich nicht.
14. Ich finde keinen Gefallen daran, wie jetzt die Geschäfte geführt werden.
15. Es hat ja keinen Zweck, da doch immer bekannte Gesichter da sind.
16. Außer Versammlungsbesuch habe ich auch noch etwas anderes zu tun.
17. Meine Frau ärgert sich stets, wenn ich zur Versammlung gehen will.
18. Ich war furchtbar erkältet.
19. Ich habe zu Hause mal aufgeräumt.
20. Wir hatten solch schönes Konzert.
21. Nicht weit von mir hat es gebrannt.
22. Was der weiß, weiß ich schon längst.
23. Ich muß auch nicht immer dabei sein.
24. Ich hatte es ganz vergessen, hinzukommen.
25. Mein Kollege hat sich verschlafen.
26. Meiner Frau war nicht ganz wohl.
27. Ich hatte keine Zeit, auszugehen.
28. Es regnete so stark.
29. Die Hitze war mir zu stark.
30. Ich war im Theater.
31. Warum war die Versammlung nicht nachmittags?
32. Es war zu kalt an dem Abend.
33. Ich habe meine Beiträge bezahlt, genügt das nicht?
34. In der Versammlung herrscht ja doch nur eine Clique.
35. Wozu soll ich mich mit den Brüdern rumschlagen?
36. Ich mußte nicht, daß die Versammlung schon vormittags war.
37. Es hat ja alles doch keinen Zweck.
38. Das Versammlungslokal paßt mir nicht.
39. In der letzten Versammlung habe ich mich so geärgert.
40. Was ich sage, gilt ja doch nichts.
41. Es wird immer zuviel überflüssiges geredet.
42. Ich war viel zu sehr beschäftigt.
43. Die Versammlungen fangen zu spät an.
44. Die Versammlungen dauern mir zu lange.
45. Es geht ja auch ohne mich.

Solche und ähnliche Ausreden, deren es noch weit mehr gibt, als die hier aufgeführten, müssen herhalten, die Versammlungschwänzer zu entschuldigen. Mancher Genosse findet wohl in dieser Aufstellung von Ausreden recht bekannte Worte, die er auch schon gesprochen hat. Jeder aber, der sich seiner Pflicht als organisierter Arbeiter voll und ganz bewußt will sein, darf mit solchen leeren Ausreden nicht kommen. Gewiß gibt es auch Verhältnisse, wo man ernstlich verhindert ist. Aber meistens ist es doch Laune, Interesslosigkeit. Deshalb möge jeder Genosse, jede Genossin zu der Erkenntnis kommen, daß zur Partei- und Gewerkschaftspflicht neben der Beitragszahlung und anderen Dingen auch der Versammlungsbesuch gehört. Also, bitte, keine Ausreden mehr!

Bereinsgründung. Man schreibt uns: Einberufen vom Verein für Frauenstimmrecht“ fand am Donnerstag, dem 12. September, im Bürgerverein, Königsstraße 25, eine Zusammenkunft der selbständigen hiesigen Buchmacherinnen statt. Nach einem erläuternden Vortrag von Herrn Dr. Allendorf, Adjunkt der Gewerbekammer, über die am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend das weibliche Handwerk und einem Referat von Frau E. Busmann konstituierte sich der „Verein der selbständigen Buchmacherinnen in Lübeck“. Die Leitung übernahm zunächst Fräulein E. Kösch, Bedergrube 2. Beitrittsberechtigt sind die selbständigen Buchmacherinnen und Direktinnen. Der Jahresbeitrag beträgt 3 Mk. Die erste Sitzung findet Donnerstag, den 19. September, im Sitzungssaal der Gewerbekammer, Breitenstraße 27 I, abends 8 1/2 Uhr statt.

Graf Zeppelin flatterte gestern auf Einladung des Senats unserer Stadt einen Besuch ab. Aus diesem Anlaß waren eine Reihe Veranstaltungen zu Ehren des Gastes getroffen, die denen, wie üblich, im Afford geredet und gehört wurde. Diese Anhimmelet, wie sie gestern hier betrieben worden ist, muß selbst vom Grafen Zeppelin unangenehm empfunden worden sein, betrachtet er sich doch selbst nur als ein „Werkzeug Gottes“.

Schöffengericht am 17. September. Der Arbeiter S. machte sich von Travemünde auf den Weg nach Lübeck, um sich ein Paar Schuhe zu erhandeln. Beim Trödler stand ihm ein an der Wand hängendes Jackett und eine Weste in die Augen; beides eignete er sich unredtmäßig an. Ein Monat Gefängnis wurde ihm dafür zugesprochen. — Ein Vergehen gegen die Seemannsordnung ließ sich der Matrose P. zuschulden kommen. Der Angeklagte kam im August betrunken auf seinen Dampfer „Luna“ und lehrte sich nicht an die An-

ordnungen des ersten Steuermanns. Im Gegenteil behauptete er sich ziemlich ruppig, bedrohte den Steuermann mit einem Stillestellers, warf ihm einen vollen Eßsteller nach und belegte seinen Vorgesetzten mit gemeinen Schimpfwörtern. Der Staatsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung 3 Wochen, wegen Bedrohung 2 Monate und wegen Beleidigung ebenfalls 2 Monate Gefängnis. Das Urteil lautet auf insgesamt 4 Monate Gefängnis, 17 Tage gehen von der Untersuchungshaft ab. — Der Kaufmann Sch. legte gegen einen polizeilichen Strafbefehl von 3 M. Berufung ein. Diese Strafe sollte er bezahlen, weil er Kamillentee, Pottasche, Natron, Benzol, Borax, Terpentin und Salmiakgeist als Kolonialwarenhandler zu gewerblichen Zwecken verkaufte, obwohl verschiedene Artikel ausschließlich Heilzwecken dienen und nur in Drogerien verkauft werden dürfen, also der vorherigen Anmeldung bedürfen. Der Verkauf fällt unter besondere Paragraphen der Gewerbeordnung, weshalb die Strafe aufrechterhalten wird. — Nach dem Vergnügen die Schlägerei. In Dissau war's, schuld die Julinacht und lustig der Tanz, bei dem auch die beiden Meller F. und R. sich im Kreise drehten. Zwei Dorfjungen saßen in trauriger Gesellschaft, da erwachte auch in dem Meller F. die Sehnsucht. Statt durch Schneid eine Erhebung zu machen, schossen Nachgedanken gegen den ruhig da sitzenden Arbeiter B. auf. Der sollte nach einer Hebensart totgeschlagen werden, so rumorte es wenigstens im Kopfe R.s. Mit einem biden Knüttel schlug er den vermeintlichen Liebhaber des einen Mädchens nieder, glücklicherweise ohne nachteilige Folgen für das Opfer. Für diese Lebensmüdigkeit muß R. einen Monat brummen, während M. freigesprochen wird. — Eine Unterschlagung von 32 M. beging der Arbeiter B. Er lieferte für den Kaufmann F. Möbel ab, kassierte und quittierte den Betrag, ohne ihn abzuliefern. 14 Tage Gefängnis ist die Strafe hierfür. Dazu kommen noch 10 Tage für zwei andere Straftaten, die früher abgeurteilt wurden. — Allerlei Malerentfalten nahm der Arbeiter M. von seinem Meister im Laufe der 10 Jahre mit, während der er in dessen Diensten stand. Allein für 176 M. Binsel wurden bei ihm vorgefunden. Ingesamt hat M. für über 700 M. Farben, Lacke usw. nach Hause geschleppt. Damit führte er anderwärts Arbeiten zu billigen Preisen aus. Das Fokkeln muß nach Ansicht des Besagten dem Meister bekannt gewesen sein, denn die Frau habe ihm vor Jahresfrist erklärt, wenn er die Arbeit verlasse, passiere ihm etwas. Dadurch sei er bewogen worden, zu bleiben. Vier Monate Gefängnis wurden für diese Diebstähle ausgesprochen. — Der Knecht St. fuhr für eine hiesige Waschanstalt die fertige Arbeit zu den Kunden und kassierte etwa 50 M. ein. Mit diesem Gelde und weiteren 10 M. Wechselgeld kehrte St. nicht nach Hause zurück, sondern unternahm eine Bierreise, die bis zum Morgen dauerte und im Freudenhaus ihren Abschluß fand. Als er in den Wallanlagen erwachte, war er seines Geldes entbunden. Es soll ihm nach Vorgabe bei den „Schönen“, abhandeln gekommen sein. Urteil: 1 Monat Gefängnis, 14 Tage werden von der vierwöchigen Untersuchungshaft abgerechnet. — Ein 18jähriges Dienstmädchen vom Lande besuchte ihren Schwager und nahm 3 Tage dessen Geschäftsfreundschaft in Anspruch. Bei dieser Gelegenheit entnahm sie aus dem verschlossenen Kleiderkasten einmal 23 und ein zweites Mal 58 M. Dieses Geld verhalf ihr ein Liebhaber in Restaurationen und Hotels in wenigen Tagen klein zu machen. Das kurze Glück muß sie nun mit einem Monat Gefängnis betrauern.

Hausatheater. Im Variete an der Moisklinger Allee treten diesmal wieder Spezialitäten auf. Als Hauptattraktionen muß der jugendliche Zahnathlet Ady und dessen Vater, der sich als Fußballer und Jongleur produziert, ferner Max im Affendressuren und Kretzons Hundedressuren genannt werden. Le Gambiers zeigen sich als stauenswerte sichere Jongleure. Die Dame davon im zweiten Teil als originelle Sourette, die das Publikum mit einem Bonbonneste traktiert. Den Darbietungen der sechsen Sourette Gusi Nielsen hätte man gern viel länger zugehört. Das Edelrauten-Trio tritt in prächtigen Kostümen auf. Die Sachen des Humoristen Schrötter haben wir, mit Ausnahme der ersten Nummer, vor gar nicht langer Zeit von dem Münchener Ensemble des Dr. Cuedensfeldt im Hausatheater gehört, bloß noch etwas besser. Im übrigen aber ist das neue Programm ganz nett.

pb. Gestohlene Wertgegenstände. In der Zeit vom 12. bis 14. d. M. wurden aus dem Hause Marquardplatz Nr. 2 zwei zusammengehörige Trauringe, deren Inschrift nicht mehr lesbar ist, ein goldener Ring mit einem Brillanten, einem blauen Saphir und einem roten Stein und ein sehr kleiner Ring mit einem Brillanten gestohlen.

pb. Diebstahl. Am 16. d. M. sind aus einem Arbeiterwohnraum der Hartsteinfabrik in Siems folgende Sachen gestohlen worden: eine englische Leder-, schwarz- und weißgepräpeltete Hase, ein rotbraunes, zum Überklappen eingerichtete Portemonnaie, ein Paar neubestohlene Herren-Schnallenschuhe, ein rot- und weißgestreiftes Herrenhemd, sowie nachfolgende, auf den Namen „Karl Friedrich Christian Renow, geb. am 3. 2. 1859 zu Stapfenhagen“ lautende Papiere gestohlen worden: 2 Aufrechnungsbescheinigungen über die Quittungsarten Nr. 12 und 13, ein Geburtschein und diverse wertvolle Schriftstücke.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter in Brodten wegen Körperverletzung, ein Monteur, der in Schlutup ein Fahrrad gestohlen hat, und ein Gärtner, der sich in einem Garten eingeklinkt hat, wegen Hausfriedensbruchs.

Neues Stadt-Theater. Aus der Kanzlei des Stadt-Theaters wird geschrieben: Wie schon in der Voranzeige im Annoncenteil bekannt gegeben ist, findet die heutige Aufführung von Schopenhauers „Glaube und Heimat“ bei kleinen Preisen statt. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen.

Schlutup. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr im „Gasthaus zur Linde“ statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen — es findet die Wahl eines Vorsitzenden statt — ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Bleibt noch genügend Zeit übrig, so wird der Parteisekretär Genosse Bromme einen Vortrag halten.

Hamberge. Ein großes Schadenfeuer zündete Montag abend das Gewebe des Hymers Beth hier selbst lokal ein. Sämtliche Erdbecken, sowie eine ganze Anzahl Säbner sind mitabgebrannt. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Der Feuerschein war in Lübeck sichtbar.

Hamburg. Eine Familie am Verhungen — der Vater zum Dieb geworden. In der Nacht zum Dienstag wurde der am Billhorner Köhrendamm wohnende 31 Jahre alte Hafnarbeiter Sz. dabei erwischt, als er den Schaufelkasten des Uhren- und Goldwarengeschäfts von Mittelsteiner u. Kühne am Billhorner Köhrendamm 171 erbrach und verlor, sich einige der im Kasten ausgelegten Sachen anzueignen. Zwei Schulkleute, die Sz. bei seinem Diebstahlsversuch beobachtet hatten, eilten hinzu, um den Mann festzunehmen. Sz. ergriß die Flucht und versteckte sich hinter einem Wagen, wo er von den Verfolgern entdeckt und verhaftet wurde. Der Verhaftete ist in vollem Umfang

geständig. Da er sehr kränklich und schwächlich ist und durch andauernden schlechten Verdienst sehr oft nicht das Nötigste im Hause hatte, kam er körperlich immer weiter zurück, so daß er seit Wochen überhaupt keine Arbeit mehr hatte. Um nun seine Frau und seine vier Kinder, die im Alter von zwei bis sieben Jahren stehen, nicht immer hungern sehen zu müssen, beschloß Sz. in seiner Not den mißlungenen Diebstahl, wobei er der Polizei in die Hände fiel. Die Angaben des Verhafteten erwiesen sich als wahr. Im Hause fand man kein Stück Brot mehr vor. Frau und Kinder, denen der Hunger aus den Augen sah, warteten auf die Rückkehr des Vaters, der aus Liebe zu seiner Familie zum Dieb werden wollte. — In wie vielen Familien mag es jetzt ähnlich zugehen!

Altona. Maßregelung gegen die Fleischnoteurung wurden in einer Sitzung beraten, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters stattfand. Es beteiligten sich daran die Senatoren Dr. Rosenkrantz und Hampe und als Sachverständige Reichstagsabgeordneter Leube und Direktor Reimer vom Fleischschauamt. Man beriet über die Einführung von Gefrierfleisch aus Argentinien. Leube betonte dabei, daß die Reichsregierung die Einfuhr lebenden Rindviehs aus Nord- und Südamerika zulassen müsse. Durch diese Maßregel würde der jetzigen Teuerung wirksam abgeholfen. Erst wenn dies nicht gestattet werden sollte, müsse man als Notbehelf auf die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien dringen. Diese Einfuhr sei aber nur dann möglich, wenn der § 12 des Fleischbeschaugesetzes geändert werde. Dieser Paragraph enthalte nämlich die Bestimmung, daß die Einfuhr solchen Fleisches nur mit den dazu gehörigen inneren Organen gestattet sei. Bleibe diese Bestimmung bestehen, dann gleiche sie einem Einfuhrverbot. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes müsse dahin geändert werden, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien in Vierteln ohne die inneren Organe erlaubt werde. Endlich aber, um den Konsumenten ein wirklich billiges Nahrungsmittel zu schaffen, müßte der Zoll auf Gefrierfleisch ermäßigt, d. h. es müßte der unter dem Reichskanzler Caprivi festgesetzte ermäßigte Tarif von 15 M. für 100 Kilogramm zur Anwendung gebracht werden. Dann trete sicher eine Verbilligung des Fleisches ein. Das alles mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Daß es nicht ganz stimmt, beweist die Tatsache, daß in einigen Städten schon Gefrierfleisch eingeführt wurde.

Kiel. Wieder ein alter Kämpfer gestorben. Genosse Ernst Larsen, einer der alten Garde, ist auf Spaziergange vom Tod überrascht worden. Während der Dauer des schimpflichen Gelehes, das je ein Kulturstaat gehabt hat, des Sozialistengesetzes, hat er auf den gefährlichsten Posten seinen Mann gestanden. Er kolportierte unter dem Außenamtesgesetz alle Druckschriften, die erlaubten sowohl wie die verbotenen. Durch sein immer freundliches Wesen und durch seine eindringliche Redeweise war er der geborene Agitator. Alle, die den Verstorbenen gekannt haben, werden ihm sicher ein freundliches Andenken bewahren.

Meerßen. Ausbeutung von Schulkindern in Dienste der Agrarier. Der Schulvorstand in Moorseege bei Meerßen muß recht eigentümliche Begriffe von seiner zu entfaltenden Tätigkeit haben. Nach dem „Meerseener Tageblatt“ hat derselbe ein Besuch an die Regierung gerichtet, die Ferien der Schulkinder noch um acht Tage zu verlängern, da die Kartoffelernte wegen des andauernden Regenwetters noch nicht beendet werden konnte. Danach scheint der Schulvorstand der Ansicht zu sein, daß die Ferien nur den Zweck haben, damit die Schulkinder den Landwirten billige und willige Arbeitskräfte liefern. Wahrscheinlich legt sich der Schulvorstand nur aus sogenannten notleidenden Landwirten zusammen.

Rostock. Amtlicher Terrorismus. Es ist eine allen bekannte Tatsache, daß diejenigen, die am meisten über Terrorismus durch die Arbeiter schreien und Fuchtsausgesetze gegen die Gewerkschaften verlangten, selbst die größten Terroristen sind. Wiederholt konnten wir an Beispielen zeigen, in welchem Maße Junker und Industriearbeiter in trauriger Gemeinschaft mit Behörden den schlimmsten Terror gegen Arbeiter üben. Diese Fälle können wieder um einen neuen vermehrt werden. Die Großherzogliche Oberförsterei in Finkenenthal (Mecklenburg) veröffentlicht im „Finkenenthaler Anzeiger für das Großherzogliche Amt Darquin“ Nr. 73 vom Mittwoch, den 11. September d. J. die folgende Bekanntmachung:

„Forstarbeiter. Bei der Annahme von Forstarbeitern für den kommenden Winter sollen in erster Linie Mitglieder des vaterländischen Arbeitervereins in Darquin und des evangelischen Arbeitervereins in Gnoien berücksichtigt werden. Dieselben haben sich bis zum 20. September d. J. auf der Oberförsterei oder bei den Schutzbeamten zu melden. In zweiter Linie sollen landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt werden, welche eine schriftliche Erklärung unterschreiben, daß sie keinem Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ihre Stimme gegeben haben, und sich, solange sie in der Forst beschäftigt sind, von der sozialdemokratischen Partei fernhalten und dieselbe in keiner Weise unterstützen. Dieselben haben sich bis zum 1. Oktober zu melden. Soweit dann noch Arbeiter fehlen, sollen die bisher beschäftigten Bauhandwerker wieder angenommen werden, da bekannt ist, daß sie unter den jetzigen Umständen sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht entziehen können und da sie sich durchweg als fleißige und ordentliche Arbeiter erwiesen haben. Meldung derselben bis zum 10. Oktober. Prinzipiell wird den verheirateten Arbeitern vordemselbstlosen den Vorrang gegeben. Von einigen besonderen Ausnahmen abgesehen, gilt als spätester Termin des Beginns der Forstarbeit der 1. November.“

Finkenenthal, den 8. September 1912.
Großherzogliche Oberförsterei.
Die von uns gesperrt gesetzte Stelle ist im Inserat in Fettdruck gehalten. Leider ist es der mecklenburgischen Arbeiterschaft nicht möglich, die großherzogliche Regierung im Parlament zur Verantwortung zu ziehen, da die Ritter noch immer schön unter sich sind. Umso mehr hat aber die Reichsregierung die Pflicht, einen derartigen Terrorismus zu verbieten.

Seeftemünde. Der Streik der Holzplagarbeiter dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben zwar hin und wieder Arbeitswillige gekapert, es gelang aber immer, einen größeren Teil der Streikbrecher wieder abzuholen. Mit dem Rest können die Unternehmer nicht viel Staat machen, da diese Arbeiter im Entschieden der Schiffe gar keine Erfahrung haben. — Der Eislerstreik in den Unterweserorten, der hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird, dauert fort. Die Unternehmer sind halsstarrig; bei ihrer guten und leistungsfähigen Organisation aber können die Arbeiter den Erfolg ruhig abwarten. — Zum Streik der Maschinenisten auf den Fischdampfern der Unterweserorte wird gemeldet, daß die Bewegung mit einem guten Auftakt einsetzte. Am ersten Tage des Streiks konnten nur 2 Dampfer der Fischereiflotte der Weser, die eine der stärksten Deutschlands ist, in See gehen.

Gewerkschaftsbewegung.
„Und willst Du nicht mein Bruder sein...“ Wie oft leert nicht die Reichsverband- und Scharfmacherpresse den schönen Vers herunter, wenn sie vor der Arbeiterbewegung graulich machen will. Mit Argusaugen entdekt sie die geringsten Verfehlungen proletarischer Kreise, erhebt ein Zetergeschrei darüber und glaubt so die Öffentlichkeit von dem unsauberen Tun und Treiben im Unternehmerrlager abzulenken. Daß aber dort der Terrorismus in naderster Form herrscht, bestätigt wieder ein Zirkular des Verbandes der Bauarbeitgeber in Leipzig und Umgegend, in dem die Verbandsmittglieder in Vorbereitung auf den nächstjährigen Tarifkampf im Baugewerbe zum schärfsten Terror, zum wirtschaftlichen Verruf gegen alle die Baumaterialienlieferanten aufgefordert werden, die dem Kommando der Scharfmacher im Baugewerbe, in den Verband einzutreten, noch nicht nachgekommen sind. Das im August veränderte Schreiben lautet:
Verband der Bauarbeitgeber in Leipzig und Umgegend, e. V.
Leipzig, den

Sehr geehrter Herr Kollege!
Wir übersenden Ihnen hiermit ein Verzeichnis derjenigen Ziegeleibesitzer und Lieferanten von Mauersteinen, die unserem Verbands als Mitglieder beigetreten sind. Wir bitten Sie im Sinne des Beschlusses unserer letzten Generalversammlung bringend, bei Bestellung von Mauersteinen die Firmen, die unsere Mitglieder sind, unter allen Umständen zu bevorzugen und auf diejenigen Ziegler oder Händler, die unserem Verbands noch nicht angehören, einzuwirken, daß sie ebenfalls beitreten.
Einige unserer Kollegen haben es sich zum Grundsatz gemacht, wenn ihnen Steine angeboten werden, stets zu erklären, daß sie nur bei Verbandsmitgliedern, also bei solchen Firmen kaufen, die dem Arbeitgeberverband beigetreten sind.
Es bedarf meist nur der persönlichen Anregung, um die Herren Lieferanten zum Beitritt zu veranlassen. Wenn alle Kollegen in der angelegentlichsten Weise verfahren, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns!
Mit kollegialischem Gruß!
Der Vorstand.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! — Das ist die Parole der Scharfmacher im Baugewerbe. Nur dort darf gekauft werden, wo die Geschäftsinhaber Mitglieder des Scharfmacherverbandes sind. Das ist natürlich beileibe kein Terrorismus, das ist nur die Wahrnehmung berechtigter Interessen — würde der Staatsanwalt sagen.

Die Lohnbewegung der Metallarbeiter im Bezirk Köln und Mülheim a. Rh. Bisher haben elf Firmen mit 600 Beschäftigten die Forderungen des vereinigten Gewerkschaften, die beiden größten Betriebe: Maschinenbauanstalt Humboldt (Köln-Rail) und Gasmotorenfabrik Köln-Deutz, in besonderem Maße zu bearbeiten. Diese Großbetriebe haben jetzt folgende Zuehändnisse gemacht: 56 und zwei Fünftel Stunden reine Arbeitszeit, für die ersten drei Überstunden am Tage 12 Pfg., für jede weitere 15 Pfg. pro Stunde, Sonntags 20 Pfg. Zuschlag, Nacht- und Wechselschicht 80 Pfg. Stundenlohn. Infolge der Verkürzung der Arbeitszeit um 2 1/2 Stunde pro Woche tritt eine Lohnerhöhung um 4,2 Proz. ein. Diese Zuehändnisse sollen nunmehr als Mindestforderungen an alle übrigen Betriebe gestellt werden.

Genossenschaftsbewegung.
Der Hansabund und die Konsumvereins-Arbeitszentrale. Der Hansabund hat es vermieden, seine Stellung zu der Konsumgenossenschaftsbewegung in unmissverständlicher Weise zu präzisieren. Bisher wandte er sich lediglich gegen Beamtenkonsumvereine und ungerechtfertigte Begünstigung der anderen Konsumvereine. Etwas deutlicher wird der Hansabund nunmehr, indem er durch sein Organ erklären läßt, der Hansabund stehe der neugegründeten Konsumvereins-Arbeitszentrale sympathisch gegenüber, „denn durch ihre Bestrebungen kann das Programm, das er in seinen neuen Richtlinien unter anderem zur Durchführung der Abschaffung von steuerlichen und gewerbepolizeilichen Sonderbegünstigungen der Konsumvereine aufgestellt hat, nur wirksam unterstützt werden.“ Die Abschaffung der steuerlichen Sonderbegünstigung, von der hier die Rede ist, bedeutet in der Praxis natürlich Ausnahmsbesteuerung der Konsumvereine.

Die Konsumvereins-Arbeitszentrale, von Detaillisten in Hamburg ins Leben gerufen, hat den Zweck, Material über die Konsumvereine zu sammeln oder mit anderen Worten, die Arbeitszentrale ist ein Kampforgan der Detaillistenorganisation gegen die Konsumvereine. Wenn der Hansabund dieses Kampforgan begrüßt, ihm sympathisch gegenübersteht, so ist er auch sicher mit der Tätigkeit der Konsumvereins-Arbeitszentrale einverstanden. Auf alle Fälle läßt die Sympathieerklärung des Hansabundes für die Konsumvereins-Arbeitszentrale besser die Stellung des Hansabundes zu den Konsumvereinen erkennen, als es bisher der Fall war.

Handels- und Marktnachrichten.
Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Sept.
Auftrieb 5000 Schweine. Handel: Schwere Ware flott, leichtere Ware ruhig.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Feste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 84.— bis 84,50 (67.— bis 67.— M.). Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 83.— bis 84.— (65,50 bis 67.— M.). Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83.— bis 84,00 (64,50 bis 65.— M.). Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 82.— bis 84.— (64.— bis 65,50 M.). Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74.— bis 81.— (56,00 bis 61,50) M. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 77.— bis 80.— (61,50 bis 64.—) M. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70.— bis 77.— (56.— bis 60.—) M.

Schiffsnachrichten.
D. „Luba“ passierte gestern früh Billau und ging dann nach Königsberg weiter.
D. „Sedina“ kam Montag in Riga an.
D. „Rhea“ ging Montag abend von Rotterdam auf hier ab.
D. „Rhenania“ ist Montag von Wafa nach hier abgegangen.
D. „Zulea“ kam Montag nachmittag in Zulea an.
D. „Primula“ traf Montag nachmittag in Rened ein.
D. „Dora“ landete gestern morgen 5 Uhr in Danzig.
D. „Vergund“ ging gestern nachmittag 2 Uhr von Geste nach Lübeck ab.
D. „Nordstjernen“ kam Montag abend in Hangö an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: I. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Dankfagung. 3392
Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sagen wir allen Verwandten u. Bekannten, sowie seinen Meistern, Herren Gebr. Wasserstradt, den Angestellten und Arbeitern der Firma und Herrn Pastor Arndt für seine trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank.
J. Stahl u. Frau.
Frau Luth, Seereh, herzlichsten Glückwunsch zum heutigen Tage. Mehrere Freundinnen, Seereh.
6404
Unserm Freund **J. Busch**, Herrnburg, zu seinem Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch. 3390
Zwei d. Seelen.

Zwei-Zimmer-Wohnung
zu vermieten Margaretenstr. 9. (3411)
Gesucht eine kleine Wohnung von älterem Ehepaar mit einem Kind. 3398
Ang. u. E K an die Exp. d. Bl.

Tüchtige Arbeiterinnen
werden gesucht. (3392)
Zigarettenfabrik
Heinr. Ihde Nebst.

Ein Zeitungsansträger
für Schönböden u. Steintafel zum 1. Oktober gesucht.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Lehrmädchen
für meine Papier- und Lederwarenhandlung gegen monatl. Vergütung.
Johannes Kerz,
Königstr. 63. (3391) Bahnhofsstr. 3.
Suche für meine Tochter nachmittags Stellung. 3394
Näheres Hartenstraße 30.

Eine starke einreihige Bettstelle, neu gemalt und lackiert, billig 3406
Grüderstr. 7a. II.
Billig zu verkaufen ein Kleiderschrank, Bettstelle, Betten, Kinderwagen, Küchenschiff u. versch. Sachen 3389
Balanertstr. 19.

Ein dunkelbl. Kinderwagen mit Gummirollen billig zu verkaufen 3396
Engelsgrube 43/18.
Ein fast neuer Strepphut m. Schil und ein grüner Winterhut billig zu verkaufen 3395
Moißinger Allee 40a. II.

Eine Kinderwagendecke (Gisfel) und „In Freien Stunden“ billig zu verkaufen 3403
Glockenackerstraße 48, I.
Ganzstaubwäsche 3397
wird sauber gewaschen u. geplättet, Stück 5 Pfg.
Schwarzwasser Allee 203.

Empfehle mich zur Herstellung von Schuhmacherarbeiten. 3402
Fritz Schulz, Schuhmachermeister,
Schulzstr., Lübecker Str. 127.
Teile meiner wertigen Stundschafft mit, daß ich von heute an wieder
Robileisch
in bekannter Güte verkaufe. 3405
Friedrich Hennings
Hauptgeschäft: **Sackburg 10**
Telephon 1752 (Baetow).
Nikalen: Seereh, Reinfeldt.

Zwetschen
10 Pfd. 55 Pfg., 100 Pfd. billiger empfiehl 3409
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Johannes Holst
Kohlmarkt 6 und Markt 6.
Spezialist: Arbeitergerätschaften.
Meine Doppelpreisklagen sind: gefür. Leder-Hosen 2.45 2.95 3.95
4.- 4.75
blaue Filz-Hosen 2.45 2.95 3.95
6.99) 4.45 5.20 5.95
Wine-Schneidhosen 4.55
Schlauerhosen 1.49 1.78 2.40
Schlauer-Hosen 1.50 1.95
2.40
Wandhosen-Hosen 4.55 5.50
6.95 8.75
Wandhosen-Schneidhosen von
M. Mesberg 8.00
Haut- u. Zimmerer-Hosen von
M. Mesberg zu Original-Preisen.
Hosen 1.28 1.48 1.75 1.95 2.25
einzelne Beine in Sackhose
Hosen, Leder und Wandhosen
1.25 2.10 2.25 2.55 2.65 3.00
Hosen 30 55 55 75 88 100
blaue Jagdhosen-Hosen 78 88
110 125 135 158 200
mit edler Lederhosen
1.25 1.75 2.00
Haut- u. Leder-Hosen 45 50 Pfg.
Kat. Kataloge.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:
Das „wendische“ („Alt“) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Zahn - Praxis
Emil Sietz, Hüxterdamm 4, II.
Musgefämmtes Haar
wird gekauft Damen-Frisier-Salon, 3196) Breite Straße 54.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

Edles trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus
1 Mt. pro Sack. (2913)
F. E. Schacht & Co.,
Moißinger Allee 41.

Billig! Billig!
Zwetschen
Eierkartoffeln, Paulsen's Juli,
Magnum bonum, Rosenkarioffeln,
Billigste Offerte für Händler.
J. Sühr, Untertrabe 22,
3333) Telephon 1366.

Achtung!
Zimmerer.
Die Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, dem 19. September, findet nicht statt.
Der Vorstand.

Lastdielarbeiter!
Sektions - Versammlung
Donnerstag, 19. Sept.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
Janere Berichtsangelegenheiten.
Kollegen! Geben alle in dieser
Versammlung.
Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.
Wegen des ständig zunehmenden Umsatzes in unserer
Spezial-Warenabgabestelle
sehen wir uns genötigt, diese zu verlegen, um diese Warenabgabestelle in grössere, mehr Platz bietende Räume unterzubringen.
Um die nötigen Umzugsarbeiten erledigen zu können, wird die jetzige Warenabgabestelle in der
Glandorpstraße 1
am Sonnabend, dem 21. September geschlossen und voraussichtlich am Dienstag, dem 1. Oktober 1912 in der
Königstraße III, Ecke Aegidienstr.
wieder eröffnet.
Wir bitten unsere geehrten Mitglieder sich während dieser unumgänglichen Störung mit ihrem Bedarf in den von uns geführten Waren einzurichten und nach der Neuöffnung uns ihren ganzen Bedarf zuzuwenden.
Der Vorstand.

Morgen Donnerstag: **1 Waggon**
la. Thüringer Zwetschen
(große reife, süße Frucht)
10 Pfd. 1.10 Mk.
20 " 2.- "
Verkauf ab Waggon bei der Hüxtertorbrücke.
3407 **H. Storm**, Bäckerstraße 11-13.

Trinkt
1703) **Buntekuh-Kümmel**
Eampikorn-Brennerei Buntekuh.
Von Pol zu Pol
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Konzerthaus Flora.
Morgen Donnerstag, den 19. September:
Gr. Benefiz- u. Reservistenball
Anfang 8 Uhr. Ende morgen.
Eierju ladet freundlich ein (3388) Die Bedienung.

Für Erwachsene ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte **Krankenkost.** 3371

Trinkt
1703) **Buntekuh-Kümmel**
Eampikorn-Brennerei Buntekuh.

Von Pol zu Pol
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Konzerthaus Flora.
Morgen Donnerstag, den 19. September:
Gr. Benefiz- u. Reservistenball
Anfang 8 Uhr. Ende morgen.
Eierju ladet freundlich ein (3388) Die Bedienung.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für das
Holstentor (Nord)
am Freitag, dem 20. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Waisenhof, Fackenburg Allee,
und für das
Burgtor
am Dienstag, dem 24. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Gesellschaftshaus Marli,
Marlistraße.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Bericht vom Genossenschaftstag.
3. Verschiedenes.
3413) **Der Vorstand.**

Zentral-Hallen
Dankewartgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
103)

Hansa-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Phänom. Dressur-Akte
Mr. Kretans dress. Hunde
Maxims dressierte Menschen-Affen
und 10 Attraktionen.
Ab 11 Uhr: **KABARETT.**
Neue Kräfte.
Entree frei. 3410

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 19. September.
3. Brft. i. B.-Ab. 1. Brft. i. Donnerst.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Figaros Hochzeit.
Von Mozart. Große Preise.
Freitag, den 20. September.
4. Vorstellung im Boll-Ab.
1. Vorst. im Freitag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Mittelpreise. 3399

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, den 18. September 1912.

Erster Verhandlungstag.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erstattet den

Kassenbericht

Genosse Braun: Der Genosse Gerisch war zu aller Bedauern durch quälendes Leiden noch immer gezwungen, den Verhandlungen fernzubleiben. 1908 konnte er trotz der vorangegangenen Wahlen einen Überschuß feststellen. Das kann ich heute allerdings nicht, aber das Defizit von 56 000 Mark fällt gegenüber den 900 000 Mk., die die Hauptkasse für die Wahlagitatio ausgab, kaum ins Gewicht. Insgesamt sind von der Partei für die Reichstagswahlen 2 384 965 Mk. verausgabt worden. Dieser Auslaat entsprach auch die Ernte. Als Politiker wird es uns immer freuen, wenn eine Wahl abschließt mit dem Resultat: gewaltige Zunahme von Stimmen und Mandaten und etwas weniger Geld. Als Verwaltungsmenschen aber müssen wir auch auf etwas weniger Geld, auch auf etwas mehr Sparfamkeit sehen. Einige Bezirke hätten ihre Ausgaben wohl etwas, sagen wir „dämpfen“ können. Die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse verbesserte sich sichtbar, aber noch ist sie nicht befriedigend. Trotzdem ein klarer Beschluß vorliegt, daß 20 Prozent von den erhobenen Beiträgen an die Hauptkasse abzuführen sind, bleibt er von einzelnen Kreisen immer noch unverstanden; aber stets zuungunsten der Hauptkasse. Berlin und Hamburg stehen in der Beitragsleistung noch immer in glänzender Vereinfachung; auch im Wahlsahre führten sie erheblich mehr als die 20 Proz. an die Hauptkasse ab. Wünschenswert ist es, daß ihrem Beispiele andere Kreise folgen. Heute ist die Hauptkasse größtenteils auf die Überschüsse der Parteigeschäfte angewiesen. Da diese aber schwanken, so ist eine ordnungsgemäße Beitragsabführung zur Stabilität der Parteifinanzen erforderlich. Im Interesse unseres Kampffonds ist es zu begrüßen, daß die Überschüsse der Parteigeschäfte steigen. Unsere Gegner erweisen dem Kampffonds rührende Aufmerksamkeit, aber ihre Schätzungen kamen der Wirklichkeit nie auch nur nahe. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigte sich damit und kam zu dem Ergebnis, daß bei uns ein Millionenfonds bestehen müßte, über deren Bestand und Verwendung niemals Rechnung geführt werde. Wäre diese Behauptung des Kanzlerblattes nicht so laubdumm, man müßte sie als perfide Verächtlichung aufs entschiedenste zurückweisen. Alle Einnahmen und Ausgaben der sozialdemokratischen Parteikasse werden ordnungsgemäß belegt. Das mag sich auch das Regierungsorgan hinter die Ohren schreiben. — Im letzten Jahre verzeichneten die Wahlveretne 4 691 492 Mk. und verausgabten 4 417 903 Mk. In der Darlehnskasse balancierten Einnahmen und Ausgaben ungefähr. Einig sind unsere Gegner in dem Netz auf die großen Summen, die die Arbeiter für ihre Partei aufbringen. Im übrigen unterscheiden sie sich darin, daß sie zum Teil, wie vor allem die Freisinnigen, ihre Mitglieder zur Nachahmung unseres Beispiels auffordern. Früher gehörte auch das Zentrum dazu; das war zur Zeit, als es noch hinter Kaisergräbern seine Seele dem roten Teufel verkaufte. Jetzt, nach dem Konkubinat mit den Konservativen, ist es zur Einsicht gekommen, daß es seine Wähler flugig macht, wenn es ihnen rote Arbeiter als Vorbild vorhält. Jetzt richtet es daher im holden Verein mit den Konservativen die giftigsten Angriffe gegen unseren Kassenbericht und schimpft darüber, daß die sozialdemokratische Steuerkassette aus den Arbeitern noch das Letzte erpresse. Aus diesem giftigen Geschimpfe werden die Parteigenossen ersehen, daß sie auf dem richtigen Wege sind und werden nur um so unabhängiger an dem Ausbau der Organisation und an der Stärkung der Kasse arbeiten. Nur dadurch sind wir in der Lage den politischen Befreiungskampf wirksamer als bisher zu führen, bis der Kapitalismus niedergerungen am Boden liegt. (Lebh. Beifall.)

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(21. Fortsetzung.)

„Mehr als eins, Str“, grinte der Schwarze, „wir sind nicht so schlimm in unserem St. Louis, kommen Sie nur mit mir!“

„In Gottes Namen denn, mag jetzt das Schicksal aus mir machen, was es Lust hat!“ drümmte Reichardt und folgte dem Schwarzen in die von geschäftigen Menschen und Lastkarrn belebte Straße; kaum aber hatte er ein paar hundert Schritte zurückgelegt, als sein Gesicht sich plötzlich aufklärte und er dem ein Stück vorausschreitenden Neger nachsprang. Sein Auge war auf einen großen, frischen Zettel mit den riestigen Anfangszeiten: „Partei-Theater — Parlor-Opera — first Night!“ gefallen, und alles, was von Bejorgnis in ihm gelebt, war wie dünner Nebel vor den hereinbrechenden Sonnenstrahlen gewichen.

„Ist nicht irgend ein billiges Hotel oder dergleichen in Nähe der Varietés?“ fragte er den Lastträger, „es wäre mir meine Geschäfte wegen lieb!“

Der Schwarze setzte seine Last nieder und fragte seinen Wollkopf. „Ich bin wenig dort hinauf bekannt“, erwiderte er, „und wenn Sie nicht gerade im Plantershouse“, wo es über starke Rechnungen geben soll, bleiben wollen —“

„Am Gottes willen nicht!“ unterbrach ihn Reichardt, „führt mich nur hin, wohtn Ihr denkt, ich kann ja später noch meine eigene Wahl treffen!“

Der Deutsche sah sich bald in einer der engen Straßen nahe dem Flusse untergebracht und ergab sich zum ersten Male darein, ein Zimmer zu beziehen, in welchem bereits zwei andere Gäste ihre Schlafstätte hatten. Die Billigkeit des Interkommens mußte jetzt für ihn das allein Maßgebende sein, und wenigstens erfuhr er ihm das Haus reinlich. Er hatte sofort nach seinem Eintritte sich erkundigt, auf welche Weise man wohl die Wohnungen der angekommenen Künstler ertragen könne; die Leute im Hause schienen aber von den zu erwartenden Vorstellungen weder etwas zu wissen, noch überhaupt das geringste Interesse daran zu nehmen, und der ungeliebte Mann sah jetzt neben seinem noch ungeöffneten Gepäck, um seine nächst zu tuenden Schritte zu überlegen. Es waren noch zwei Stunden bis zu Mittag, und er hatte Zeit vor sich, um Matildens Wohnung nachzutragen; gelang es ihm aber nicht, diese zu erkunden, so mußte er abends das Eintrittsgeld zur Vorstellung daran wenden, und es hier verpfänden, u ihr zu gelangen

Den Kontrollkommissionsbericht erstattet Kaden: Die Kommission wirkte lediglich als Kontrollinstanz und kann nur so wirken. Der Vorstand hat ihr alle Vierteljahr Rechenschaft über seine Tätigkeit abgelegt. Die Kontrolle ist mit dem Wachstum der Partei natürlich immer umfangreicher geworden. Abgesehen von der Parteikasse und dem „Vorwärts“, sowie Vormärtsbuchhandlung, unterlagen ihrer Kontrolle Pressebureau, Sozialdemokratische Korrespondenz, Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule, Frauenbureau, Verlag und Druckerei Diez in Stuttgart und Rheinisch-Westfälisches Bureau. Alle Prüfungen gaben keinen Grund zur Beanstandung. Die Kommission stellt einstimmig den Antrag auf Entlastung. (Bravo!)

Beschlossen wird, die Anträge zum Kassenbericht, zu den Punkten Presse, Literatur, Schnapsboykott, Jugendpflege und Bildungsfrage zunächst aus der Debatte über die Vorstandsberichte auszuschalten.

Auf Antrag Raub-Zittau wird die Redezeit für Schep- perle-Göppingen zur Erwidmung auf Eberts Ausführungen auf eine halbe Stunde verlängert.

Schep- perle erklärt, zugeben zu müssen, daß das Göppinger Unternehmen ohne genügende Unterlagen gegründet wurde. Schließlich mußten wir den Parteivorstand um Hilfe angehen; in der Not frißt der Teufel Fliegen. Die Genossen Kinkel und Westmeyer wurden zum Parteivorstand geschickt; dieser verhielt sich zunächst ablehnend und machte Verhandlungen über die Sanierung von der Zustimmung des Landesverbandes abhängig. In der von Ebert erwähnten Konferenz kam auch die Anregung zur Sprache, ob es möglich wäre, die „Donawacht“ in unserer Druckerei zu drucken. Bekanntlich war das Ulmer Blatt revisionistisch, unser Blatt radikal. Die Ulmer Vertreter verlangten eine Änderung der Haltung des Göppinger Blattes, wenn die „Donawacht“ seine politischen Artikel übernehme. In dieser Sitzung soll die von Ebert erwähnte Vorstandserklärung abgegeben worden sein. Ich selbst kann mich ihrer nicht erinnern. Dann wurde vorgeschlagen, daß Thalheimer und Roßmann sich in die Redaktion teilen sollten, Thalheimer den politischen Teil, Roßmann den württembergischen Teil; das lehnten die Ulmer und Roßmann ab. Später ging Thalheimer auf Urlaub. Auf seine Empfehlung wurde Kadel eingestellt. Selbstverständlich nahmen wir an, er sei Parteigenosse. Mit der Göppinger Sanierungsangelegenheit hat der Fall Kadel gar nichts zu tun. In der Sitzung am 26. Mai wurde erklärt, nur eine Verschmelzung beider Blätter mit einem Redakteur und Annahme der Richtung der „Donawacht“ käme in Frage. Damit wurde Kadel unter Zustimmung der Göppinger Parteigenossen fest ange stellt. Durch Hildenbrandt erklärte der Landesvorstand die Ablehnung eines Eingreifens; er tat auch nichts, als Keil Thalheimers Rücktritt verlangte. Eine Einigung erfolgte nicht. Schließlich erklärte Kadel Thalheimers freiwilligen Rücktritt, da eine Sanierung kommen müsse. Der Landesvorstand forderte eine Versammlung, worin die Göppinger Parteigenossen zum Verschmelzungsvorschlag Stellung nehmen sollten. Dieser Versammlung schlug dann der Landesvorstand Errichtung einer Proskommission vor mit drei Vertretern des Landesvorstandes, drei Ulmern und drei Göppingern. Die Göppinger mußten zustimmen, um den Bankrott zu verhüten. Darauf erklärte Thalheimer seinen Redaktionsrücktritt. Ich beantragte eine Resolution mit den Göppinger Genossen für Thalheimer, der zweite Teil enthielt den Wunsch, daß das neue Organ im Sinne revolutionärer Latit und der Dresdener Beschlüsse geleitet werde. Hildenbrandt forderte Rückziehung des zweiten Teils der Resolution, sonst lehne der Landesvorstand eine Sanierung ab. (Hört, hört!) Schließlich zog ich den zweiten Teil zurück. Ich machte Mitteilung der Tatsachen an Westmeyer, der, darauf gestützt, seinen Artikel geschrieben hat. In einer Sitzung, an der dann Ebert und Braun teilnahmen, erklärte Hildenbrandt, er habe sich berechtigt gehalten, anzunehmen, der Parteivorstand betrachte eine Verschmelzung als Vorbedingung für die Sanierung. Ebert erklärte darauf, der Parteivorstand habe den

Landesvorstand zu solcher Erklärung nicht ermächtigt. Kadel fordert Protokollierung, worauf Braun meinte, es käme Kadel wohl weniger auf Sanierung, als darauf an, Krach zu machen. Die Sitzung wurde aufgehoben, nachdem fünf Göppinger Vertreter, darunter auch der Kreisvorsitzende erklärten, nach ihrer Ansicht war Thalheimers Rücktritt erzwungen. Hildenbrandt erklärte, der Zentralvorstand lehne die Sanierung ab, bis nach dieser Richtung Änderung erfolge. Nächsten Tag war wieder Sitzung, woran Kadel und Thalheimer nicht teilnahmen. Dort wurde eine Erklärung geschickt, in der der Parteivorstand als keuscher Jüngling, der Landesvorstand als unschuldige Jungfrau bezeichnet wurden. Wie berichtet, wurde von den Genossen verlangt, daß sie diese Erklärung unterschreiben, weil sonst die Sanierung nicht erfolgte. Alles in allem ist es also Tatsache, daß die Ulmer Genossen verjuchten, unsere finanzielle Verlegenheit auszunutzen und uns ein revisionistisches Organ aufzuzwingen.

Matutata-Stuttgart: Eine große Mehrheit unserer Landesversammlung hat sich für ein Vorgehen der Partei und des Landesvorstandes ausgesprochen. Dadurch könnte die Angelegenheit als erledigt gelten. Eine Änderung in der Redaktion war angesichts der finanziellen Lage notwendig; es ist auch nicht richtig, daß die Parteigenossen mit Erhaltung des Göppinger Blattes so ganz einverstanden waren. Die Göppinger Vorgänge waren nur ein kleiner Teil der württembergischen Zwietracht; sie trägt einen durchaus persönlichen Charakter; sie haben mit Revisionismus und Radikalismus nichts zu tun, vor allem hat Westmeyer persönliche Momente in den Streit hineingetragen, schon als die Budgetabstimmung und das Königessen war, vorher haben wir uns immer verständig. Dem Parteivorstand muß man den Vorwurf machen, daß er nicht früh genug eingegriffen hat, um die Einigkeit wieder herzustellen. Das muß noch möglich sein. (Bravo!)

Westmeyer-Stuttgart: Die Behauptung, daß erst seit meinem Auftreten die Hege losging, ist haltlos; gerade jene Seite, die den Vorwurf erhoben hat, hat ein Meisterstück bei der letzten Gemeinderatswahl geleistet. Weiter ist festzustellen, daß in Werkstätten und Häusern von jener Seite mit Flugblättern gearbeitet wurde; sie hat sich eine besondere Organisation mit besonderen Mitgliederlisten usw. geschaffen. In den letzten Tagen hat man sich nicht entblödet in Stuttgart Parteigenossen und Nichtparteigenossen mit anonymen Briefen gegen mich zu überschütten. So pflegen diese Genossen den Frieden. Der Versuch, mich zu hängen, der Heymann in Heilbronn so schlecht gelungen ist, wird, glaube ich, auch heute dasselbe Resultat haben. Um auch das anzusprechen zu können, was hier in der Öffentlichkeit nicht gesagt werden kann, habe ich gewünscht, daß vom Parteitag eine Kommission eingesetzt werde, die dann auch Thalheimer und Kinkel hören könne. Gerade Kinkel hat mir die Angaben für meinen Artikel im Vorwärts auf das Bestimmteste gegeben. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Landesvorstand erklärt hat: es wird nur dann saniert, wenn das Ulmer und Göppinger Zeitungsunternehmen verschmolzen werden, und daß die Ulmer Genossen verlangt haben, daß dann nur ein Redakteur angestellt werde und zwar Roßmann, sowie daß der Landesvorstand nicht etwa vermittelt, sondern im Gegenteil erklärt hat, er wirke auf die Ulmer Genossen nicht ein. Die Göppinger standen vor der Frage, entweder Thalheimer zu entlassen über die Sanierung unmöglich zu machen. Ich hätte gewünscht, daß diese Angelegenheit in einer Kommission behandelt worden wäre. Dann wären die Genossen sicher zu einem andern Urteil gekommen, als Genosse Ebert durch seine Ausführung hier bei ihnen erweckt hat. Die Göppinger Genossen haben getan, was sie für ihre Parteipflicht hielten. (Zuruf: Schulden! — Getreue!)

Rohmann-Ulm: Die Rede Eberts hat dem Parteitag Klarheit geschaffen über die Methoden, mit denen in Württemberg für die Reinheit und Prinzipienfestigkeit unserer Anschauungen gesorgt wird. Der Antrag, daß der radikale

Er ließ sich den Weg nach dem Theater beschreiben, steckte zugleich den Brief an Harriet zur Abendung zu sich und wanderte in das Gewirr der Straßen hinein. Das Postgebäude war schnell gefunden, ebenso ohne große Schwierigkeiten das Theater; an den geschlossenen Türen des letzteren aber endete Reichardts Weisheit, und nach einigem Besinnen wandte er sich einem nahegelegenen Trinkstube zu, um sich hier, wenn auch nicht Auskunft, doch wenigstens einen Rat zu erhalten. Aber auch hier ward ihm nur Kopfschütteln und bedauerndes Aufschreien, und er bereute schon die zehn Cents, welche er unnütz für einen Schluck Brandy ausgegeben, als ein junger Mann mit weißem Kastrhut und schwarzem Schnurbart sich vom Schenktische rasch ihm zudrehte, erst einen Blick über seine frische Erscheinung laufen ließ und dann fragte, wen von der Gesellschaft er zu sprechen wünsche. Reichardt, in welchem eine neue Hoffnung erwachte, beeilte sich, Matildens Namen zu nennen und den Träger seines besten Dankes für Angabe ihrer Wohnung zu ver sichern. Dieser überflog noch einmal das ganze Neuere des Deutschen. „Nix Heyer nimmt, soviel ich weiß, niemals einen Privatbesuch in ihrer Wohnung an —“ erwiderte er.

„O, sie wird mich empfangen und Ihnen für meine Zu rechtweisung verpflichtet sein“, versetzte Reichardt eifrig, — sie ist meine Schwester, Str, wenn wir auch nicht gleiche Namen führen!“ fügte er nach einem augenblicklichen Stocken hinzu.

In dem Gesichte des andern stieg ein zweifelndes Lächeln auf. „Geben Sie mir Ihren Namen, Str, wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind, — ich bin Agent der Gesellschaft“, sagte er, „und dann warten Sie einen Augenblick.“

Der Deutsche beeilte sich, ein Blatt Papier aus seinem Notizbuche zu reißen, froh, schon schnell den rechten Mann getroffen zu haben, und mit einem eigentümlichen Blick auf die rasch hingeworfenen Worte entfernte sich der andere. Jetzt aber zum ersten Male stieg in Reichardt der Gedanke auf, ob denn wohl der Fall möglich sei, daß Matilde ihn nicht sehen wolle. Er hatte bis zu diesem Augenblicke nur eine unbestimmte Vermutung über die Ursache, welche das Mädchen in Newyork von seiner Seite getrieben, und sie hatte ihn damals gebeten, sie nicht aufzujuchen — er hatte nicht den geringsten Begriff, wie sie zu der Operngesellschaft geraten und welches ihre jetzigen Privatverhältnisse waren; konnte es denn wohl Gründe geben, die sie es vorziehen ließen, ihn von sich entfernt zu halten? Reichardt wurde, je mehr er sich abquälte Möglichkeiten zu erinnern, je unruhiger; seine Herzei war in einer so bestimmten Erwartung, mit dem Mädchen zusammenzutreffen, erfolgt, daß er sich wie in die Wildnis hinausgenötigt vorkam, wenn er das Wiedersehen mit ihr aus seinen Hoffnungen strich.

Die Rückkehr des Agenten, welcher dem Deutschen schon zwischen der Tür einen Wink, ihm zu folgen, gab, setzte allen Befürchtungen indessen ein vorläufiges Ziel. „Die Lady ist in der Probe, Str, und Sie sprechen sie am besten dort“, sagte jener; „wenn Sie mit folgen wollen, zeige ich Ihnen sogleich den Weg.“

Reichardt konnte nur seine vollste Zustimmung ausdrücken und sah sich nach dem hinteren Teile des Theatergebäudes geführt, wo eine niedrige Tür den Eingang zu dem Allerheiligsten der Bretterwelt bildete. Schon bei seinen ersten Schritten in dem dunkeln Räume hörte er den Klang eines Pianos, dem sich bald die Töne einer menschlichen Stimme anschlossen; sein Begleiter ließ ihm indessen keine Zeit zum Horchen, jagte seine Hand und führte ihn über dunkle Treppen zwischen Brettern und Balken, aufgespannten Leinwandstücken und andern mysteriösen Gegenständen, deren Natur die Berührung der Hand nicht zu ergründen vermochte, einem matten Lichtpunkte zu, der sich bald als ein halberbländetes Fenster erwies, und der Deutsche sah sich plötzlich, zum ersten Male in seinem Leben, hinter den Kulissen einer großen Bühne.

„Der Geschmack muß da sein, Messieurs“, klang eine ärgerliche Stimme in halb gebrochenem Deutsch, „das Singen mag sehr gut sein, aber der Geschmack in der Attitüde gibt erst den Effekt. Nehmen Sie ein Vorbild an Mademoiselle Heyer und jetzt stellen Sie sich noch einmal auf!“ Ein Händeklatschen erfolgte, und mehrere Personen glitten über die Bretter; gerade sich gegenüber aber sah Reichardt jetzt eine schlante, weibliche Gestalt erscheinen; sie hob ein feines, bleiches Gesicht, und kaum hatte ihr Blick ihn getroffen, als es wie Morgenröte in ihren Wangen aufschob. „Nax, Bruder Nax, ist es denn wirklich so?“ rief sie und im nächsten Moment war sie auch schon hinter der Kulisse; Reichardt hatte unwillkürlich die Arme gehoben — er fühlte sie an seiner Brust, er fühlte ihren Mund so warm und innig auf dem seinen, als dürste das gar nicht anders sein, trotz der Menschen um sie her, und als er die feine Gestalt in seinen Armen hielt, kam es über ihn wie ein stilles, klares Heimatsgefühl, als jezt jetzt alles gut und er habe kaum mehr zu sorgen um das, was künftig werden solle. In der nächsten Sekunde stand sie vor ihm, Gesicht und Nacken rot überglühend, in halber Verwirrung, aber der ruhige, glückliche Ausdruck seines Gesichtes schien ihr schnell ihre volle Kontrolle zurückzugeben. „Welche Schicksale haben Dich denn getroffen, daß sich unsere Wege hier im Westen kreuzen?“ frug sie, seine beiden Hände fest in die ihrigen nehmend.

(Fortsetzung folgt.)

Göppinger Bräutigam die revisionistische Ulmer Braut heiraten wollte (Heiterkeit) ging nicht von Ulm, sondern von Göppingen aus. (Hört, hört!) Unser ganzes Verbrechen bestand darin, daß wir nachher nicht alles schlucken wollten, was das Dreimännerkollegium, von dem Ebert sprach, uns zunutete. Wir haben stets erklärt, daß das Blatt selbstverständlich redigiert werden sollte auf dem Boden der Parteiführungsbeschlüsse. Aber in dem zurückgezogenen zweiten Teil der Resolution stand, die Redaktionsführung solle in Zukunft so sein, wie bisher. Damit hätten wir die ganze Art der Eshheimerischen Redaktionsführung sanktioniert und das konnten wir nicht. Mit der getroffenen Regelung können wir durchaus zufrieden sein.

Hildbrandt-Stuttgart: Ich muß gegen den Vorwurf Westmeyers protestieren, als ob in der ganzen Angelegenheit etwas vorgekommen sei, was in der Öffentlichkeit nicht vorgebracht werden könnte. (Sehr richtig!) Das ist die Art, wie Westmeyer in Württemberg immer vorgeht. — Es hat sich nicht um eine Verschmelzung gehandelt, sondern um eine Vereinbarung zwischen den beiden Blättern. (Hört, hört!) Der Landesvorstand hat der Landesversammlung vor einigen Wochen Rechenschaft abgelegt. Da ist Westmeyer aufgefordert worden, seine Vorwürfe gegen den Landesvorstand zu begründen. Er hat es nicht getan, sondern hat sich einfach auf die Bemerkung beschränkt, daß er von seinen Vorwürfen nichts zurückzunehmen habe. Auch heute hat er nur Behauptungen aufgestellt. Der Landesvorstand hat alles getan, um für Göppingen ein eigenes Blatt zu schaffen, aber die Göppinger selbst haben durch die unglaublich leichtsinnige Gründung der eigenen Druckeret und durch die Haltung des Blattes, das eine Fundgrube für die Gegner war, es dahin gebracht, daß das Unternehmen in einem halben Jahr sich nicht mehr halten konnte. Trotzdem haben wir uns sofort zur Sanierung bereit erklärt. Daß wir einen möglichst günstigen Boden für die Sanierung zu schaffen bemüht waren, war nur Selbstverständlichkeit. Auf die Ulmer im Sinne der Göppinger einzuwirken, hatten wir natürlich keinen Grund. Die Ulmer hatten geordnete Verhältnisse, die Göppinger waren es, die an die Ulmer herantraten und es war das gute Recht der Ulmer zu verlangen, daß ihr Redakteur Rogmann gehalten werde, weiter haben sie nichts verlangt. Die Zurückziehung des zweiten Teils der Resolution habe ich nicht aus prinzipiellen Gründen verlangt, sondern ich habe davor gewarnt, einen so einseitigen Beschluß zu fassen, der dazu führen mußte, daß die Ulmer für die Vereinbarung nicht zu haben waren. Den Vorwurf, daß wir revisionistische Sonderinteressen vertreten hätten, muß ich also auf das entschiedenste zurückweisen. (Bravo!)

Es läuft folgender Antrag Auer und Genossen ein: Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göppinger Parteiblattes beteiligten Parteimitglieder erhobenen haltlosen Vorwürfe. Er spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitags sorgfältig beachten werden.

Ein Antrag Höllein-Jena auf Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission wird nicht unterstützt.

Hankel-Bremen: Ich bitte den Antrag Auer abzulehnen. Er wird nur dazu führen, daß ein Stachel bei den Beteiligten zurückbleibe. — Ebert hat bei seinen impulsiven Ausführungen den lebhaften Beifall der Mehrheit des Parteitags gefunden. (Sehr richtig!) Sie sehen ich bin objektiv genug, das anzuerkennen. (Heiterkeit.) Als er in Nürnberg ebenso impulsiv gegen die Württemberger sprach, hat er ihren Beifall nicht so gefunden, wie heute. Also auf diesen Beifall gebe ich nicht so viel. — Den Artikel Westmeyers hat die Bremer „Bürgerzeitung“ kurz vor Redaktionsschluß bekommen. Er mußte geführt werden und dabei sind einige Irrtümer unterlaufen, die nicht auf das Konto Westmeyers, sondern auf das der Redaktion entfallen. — Gegenüber Rogmann stelle ich fest, daß er früher selbst Berichterstatter radikaler norddeutscher Blätter war und über Genossen, gegen die er jetzt vorgeht, sich in Briefen an sie anders ausgesprochen hat. (Unruhe.) Nicht um persönliche Rivalitäten, sondern um dieser liegende sachliche Gegensätze handelt es sich bei der Göppinger Angelegenheit. Kadel ist nicht aus Summigkeit nicht organisiert gewesen, sondern weil er als Ausländer Spitzelgefahr befürchtete. (Lachen.) Es gibt auch andere ausländische Genossen, die heroortragende Redakteurstellen an der deutschen Parteipresse bekleiden und befähigt haben. Im übrigen ist Kadel doch in der polnischen Partei organisiert. (Zuruf: Wo denn?) Ja, soll er das auch nicht sein? Ich will Ihnen was sagen: Kadel mag ein Lump sein, aber Sie müssen es beweisen. (Gr. Heiterkeit.) Kadel ist jahrelang Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ gewesen und wenn der Parteivorstand wollte, daß er nicht organisiert war, hätte er früher gegen ihn vorgehen müssen.

Langsch-Prag: Angesichts der uns neuen Ausführungen behalte ich nicht an zu erklären, daß die Redaktion der „Reiz.“ „Volkszeit.“ ein Opfer objektiver falscher Berichterstattung gewesen sein kann.

Hegmann-Stuttgart: Westmeyer sprach von einem Wehrschreiben bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl. Damit haben aber die bei der Göppinger Angelegenheit beteiligten Instanzen gar nichts zu tun. Da er von Geheimjournalen der Gegenseite sprach, will ich erwähnen, daß ich in Stuttgart festgestellt habe, daß solche Geheimjournale von Westmeyer und seinen Leuten zuerst in einer Fabrik verteilt worden sind. (Hört, hört!) Derselbe Westmeyer, der hier für eine Kommissionsberatung eintrat, hat die ganze Interneta der Göppinger Sanierungsangelegenheit in einer Versammlung von 60 Personen vorgebracht. (Hört, hört!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Göppinger Angelegenheit wird mit großer Mehrheit angenommen. Rosa-Luxemburg stellt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber Ebert fest, daß seine frühere Korrespondenz von Parteiblättern aller Richtungen abgedruckt worden sei. Die weitere Debatte wird vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Zweiter Tag. (Vorbericht.)

Kasse ermahnt die Sigana. Der Parteitag sendet den holländischen Genossen telegraphisch Grüße zur heutigen Parteitagssession im Haag. Der Parteitag beschließt ferner, am Donnerstag einen Ausflug nach dem Nijthofberg zu machen. Die Diskussion zum Bericht des Vorstandes wird fortgesetzt. Siebel-Berlin beantragt, eine kräftigere Agitation unter der Privatangehörigen zwecks Gewinnung für die Sozialdemokratie einzuleiten. Lauffenberg-Hamburg wünscht die Erörterung der Wahlrechtsfrage auf dem allgemeinen Parteitag und größere Aufmerksamkeit auf den allgemeinen Parteitag und größere Aufmerksamkeit auf den Parteitag zu lenken und Antisemitismus. Kolesfeld-Berlin erklärt den Antrag von Schwarzburg-Sondershausen, den Parteitag möglichst im März abzuhalten. Hinz-Keckwig bittet um weitere materielle Unterstützung für die „Gajeta tobolskaja“, auch die polnischen Genossen werden als ermahnt, um die „Gajeta“ in eine Tageszeitung umzuwandeln.

King-Offenbach wünscht die Verbilligung der kommunalen Praxis“ und stimmt dem Antrag zu, den Frauentag im März abzuhalten. Der Redner fordert ferner Konferenzen der Kreissekretäre und stellt dem Genossen Ulrich ein Vertrauensvotum heftiger Genossen aus.

Durch nochmaliges Befragen wird festgestellt, daß der Antrag Bremen, wonach die Kontrolle der parteitaktischen Haltung der Parteiorgane und die Auswahl der Angestellten nur den von den Genossen des Verbreitungsbezirk gewählten Instanzen zuzustehen soll, nicht genügend unterstützt ist. Runge-Köln beantragt die baldige Einberufung einer Konferenz der Kreissekretäre, um über einheitliche Richtlinien der Organisation und Reorganisation zu beraten. Die Situation der Mitglieder sei jetzt zu groß. Er regt die Schaffung eines Mitteilungsblattes für die Kreisleitungen an. Es ist eine neue Resolution zur Göppinger Affäre Dechour-Viehnicht eingegangen, die die Haltung des Vorstandes völlig billigt und die Erwartung ausdrückt, daß alle Beteiligten den Vorstand bei der Erledigung unerträglicher Zustände unterstützen und dafür sorgen, daß der Beschluß des Münchener Parteitags über die Gründung von Parteiblättern streng befolgt wird. Es entspinnt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Mehrere Redner verlangen die Neueröffnung der Debatte. Ebert erklärte, der Vorstand brauche in der Göppinger Affäre kein Vertrauensvotum, es möge also überhaupt keine Resolution gefaßt werden. Wer die Haltung des Vorstandes mißbilligt, könne die Decharge ablehnen. Nachdem Ebert betont hat, daß die schweren Anschuldigungen gegen die Parteileitung und den württembergischen Landesvorstand von einer Persönlichkeit erhoben seien, über deren moralische Bewertung kein Zweifel mehr herrsche, empfehle er Zurückziehung der gestrigen Resolution Auer und Genossen. Frank-Mannheim zieht hierauf die Resolution Auer zurück. (Beifall.) Ledebour zieht ebenfalls seine Resolution zurück.

Weiter werden behandelt die Anträge zur Presse, besonders wird bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt“ gefordert. Der Parteitag erklärt sich gegen eine Änderung des Inhalts der „Gleichheit“, dessen Niveau hochgehalten werden müsse.

Schulz vom Zentralbildungsausschuß berichtet darauf über die Bildungsarbeit. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach kurzer Debatte wird nachmittags eine vom Referenten begründete Resolution angenommen. Die Diskussion über die Anträge zum Branntweinboykott ist nur eine kurze. Angenommen wird einstimmig ein Antrag, in dem die noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsschlusses betr. den Schnapsboykott verlangt wird. In seinem Schlußwort wendet sich Ebert scharf gegen die Haltung der „Bremer Bürgerzeitung“ in der Kadel-Angelegenheit. Heute läßt schließlich den Kadel fallen. In der Abstimmung wird u. a. ein Antrag auf bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt“ angenommen. Einstimmig wird dem Parteivorstand Decharge erteilt.

Nach einem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Referat Scheidemanns über die Lebensmittelsteuerung nimmt der Parteitag einstimmig eine Erklärung an, in der sofortige Einberufung des Reichstages und schleunige Maßnahmen zur Milderung des Notstandes gefordert werden.

Es folgt die Organisationsfrage, nachdem vorher Blume-Hamburg den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete. Es sind 527 Teilnehmer anwesend, davon 409 Delegierte und 77 Abgeordnete. Alle Mandate sind gültig.

Den Bericht der Reorganisationskommission erstattet Müller vom Parteivorstand. Es liegt ein einmütiges Votum vor. In den §§ 1 bis 5 sind Änderungen nicht vorgenommen worden. Die in der Fassung erster Lesung vorgesehene Erhöhung des Mindestbeitrages ist mit Rücksicht auf die außerordentlichen Leuerungsverhältnisse gestrichen worden. Das Geschäftsjahr läuft nun vom 1. April bis 31. März. Damit wird ein alter Wunsch erfüllt. Organisationen bis 12000 Mitglieder können von jetzt ab auf den Parteitag vier und für je weitere 6000 einen Delegierten mehr entsenden. Nach § 11 können in Zukunft nur noch Organisationen Anträge zum Parteitag stellen. Der Kern der ganzen Vorlage sind die Bestimmungen über den Parteiauschuß. Er beschließt nicht gemeinsam mit dem Parteivorstand, er unterbreitet dem Parteivorstand seine Beschlüsse. Der Parteivorstand allein trägt gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Der Ausschuß ist nur eine gutachtende Körper-schaft. Das macht es entbehrlich, daß der Parteitag die Ausschussmitglieder bestatigt. Der Parteiauschuß kann auch einberufen werden, wenn der Parteivorstand es nicht will und wenn in besonderen Situationen 16 Landes- bzw. Bezirksvorstände es wünschen. Sollten Differenzen zwischen dem Ausschuß und dem Parteitag vorkommen, so wird die Angelegenheit bis zur Tagung des Parteivorstandes verschoben. — Die Debatte wird auf Mittwoch vertagt.

Bestster Schwedischer Gewerkschafts-Kongress.

Stockholm, 12. September. Der Kongress fand heute seinen Abschluß. Die Verhandlungen der zwei letzten Kongrestage führten keine erheblichen Änderungen, weder der Satzungen noch sonstiger Bestimmungen über das organisatorische Zusammenwirken der Gewerkschaften herbei. Der Antrag der Reorganisationskommission, die von der Landeszentrale zu leistende Unterstützung bei Abwehrkämpfen von 8 auf 6 Kronen pro Woche und unterstütztes (vollständiges) Mitglied herabzusetzen, wurde mit 100 gegen 51 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag der Holzarbeiter auf Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsätze mit 84 gegen 67 Stimmen abgelehnt war. Die 51 Stimmen, die gegen den Antrag der Reorganisationskommission abgegeben wurden, fielen einem Antrage der Metallarbeiter zu, der eine weitere Herabsetzung der Unterstützung auf 5 Kronen wöchentlich forderte. Es blieb jedoch beim Vorschlage der Reorganisationskommission. — Eine lange Debatte entziffelte auch auf diesem Kongress die Frage des Organisationszwanges in den Kollektivverträgen. Früher war es einer Reihe von Betrieben gelungen, insbesondere den Transportarbeitern, den Organisationszwang durchzusetzen, mit der Erwartung der Unternehmerorganisation wachte jedoch die Bestimmung häufig wieder preisgegeben werden. Der schwedische Arbeiterverein hat in seinen Satzungen eine Bestimmung, die ihn zum Kampf für die „Freiheit der Arbeit“ einzutreten verpflichtet, d. i. das Recht des Arbeitgebers, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, Arbeiter anzustellen und zu entlassen. Um dieses Organisationszwang bereits durchgeführt war. Der Gewerkschaftskongress 1909 stellte sich auf den Standpunkt der Landeszentrale, wonach gegen das von den Unternehmern vertretene Prinzip an sich nichts eingewendet, aber gegen die bisherige Praxis protestiert und verlangt wurde, daß das Koalitionsrecht gegenüber dieser Praxis gelockert wird. In der dazwischenliegenden Geschäftsperiode haben die Unternehmerräte in entgegen-

gegensetztem Sinne gehandelt und von ihrer Nebenrückwärtslosem Gebrauch gemacht. Die Erbitterung gegen § 23 ist daher ungemein gestiegen und mehrere Anträge zwangen den Kongress zur erneuten Stellungnahme. Die Landeszentrale schlug eine Resolution vor, die Protest gegen die Willkür der Unternehmer erhebt und den Arbeitertretern bei künftigen Vertragsverhandlungen auferlegt, notwendige Schutzbestimmungen gegen diese Willkür zu tragen. Das ging der Opposition nicht weit genug. E. Führer der Transportarbeiter beantragte, eine scharfe Fassung des Beschlusses. Sein Antrag fordert die weitmögliche Unterstützung der Verbände durch die Landeszentrale die künftig beim Abschluß von Tarifverträgen das Recht der Unternehmer, über Einstellung und Entlassung der Arbeiter frei zu entscheiden, nicht annehmen wollten, sondern anstatt dessen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fordern, aber jede diesbezügliche Vertragsbestimmung ausschließen wollten. Diese Resolution wurde vom Kongress in namenhafter Abstimmung mit 147 gegen 32 Stimmen angenommen. Falls dieser Beschluß ausgeführt werden soll, was bei der starken Majorität nicht anzuzweifeln ist, bedeutet er eine Verschärfung der kommenden gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden, da die Unternehmerorganisation zweifellos mit gleicher Fähigkeit an ihrem Prinzip festhalten wird. — Von den weiteren Verhandlungen interessiert das Ausland nur noch der Punkt: „Gesetzlicher Minimallohn für Industriearbeiter“. Die Landeszentrale schlug vor, veranlaßt durch eingereichte Anträge, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu eruchen, möglichst bereits in der kommenden Session den Antrag auf gesetzlichen Minimallohn einzubringen. Obgleich gegen diese recht wenig geklärt und noch weniger motivierte Auffassung wichtige Bedenken vorgebracht wurden, fand der Vorschlag der Landeszentrale eine große Mehrheit. — Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen die Agitation, Bildungsbestrebungen, die Organisation der Genossenschaftsangelegenheiten usw., in welchen Fragen der Kongress der Landeszentrale meistens ohne Debatte beitrug. Der nächste Kongress soll erst in 5 Jahren stattfinden, sofern nicht besondere Umstände der Landeszentrale die Einberufung des Kongresses früher notwendig erscheinen lassen. — Die Wahlen zum Landessekretariat ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Dagegen unterlagen der Sekretariatsbeisitzer und die bisherigen Beisitzer Lindley (Transportarbeiter) und Weidenhain (Buchbinder). An ihrer Stelle wurden gewählt Björklund (Holzarbeiter) und Johansson (Metallarbeiter), beide Wortführer der Opposition in der Frage der zentralisierten Unterstützung. — Mit dem Abschlingen des schwedischen Sozialistenmarsches fanden die Verhandlungen ihr Ende.

Aus Nah und Fern.

Das Revolver-Attentat des Arbeitswilligen in Burg. Die Ermordung des Genossen Frische in Burg bei Magdeburg durch einen bei der Firma Wolf beschäftigten Streikbrecher hat unter der Burger Arbeitererschaft eine ungeborene Erregung ausgelöst. Montag abend fand bereits eine Versammlung statt, die von über 3000 Personen besucht war, obwohl erst mittags die Einladungen verteilt werden konnten. Die Versammlung protestierte gegen das Treiben der Streikbrecher, über das weitere trasse Fälle mitgeteilt wurden und gegen die große Nachsichtigkeit der Behörden ihnen gegenüber. Nicht einen Schuß der Arbeitswilligen brauche man in Deutschland, sondern eher einen Schuß vor Arbeitswilligen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Aufforderung aufgenommen, daß am Tage der Beerdigung des Ermordeten sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht bekannt, da die Staatsanwaltschaft die Leiche noch nicht freibt. Die Versammlung beschloß ferner, alle organisierten Arbeiter dringend aufzufordern, jede Berührung mit Streikbrechern zu vermeiden und keine Geschäfte und Lokale zu frequentieren, die von Streikbrechern besucht werden. Der Streikbrecher, der die verwerfliche Tat beging, ist ein 25jähriger Badenser namens Josef Nuppert aus Karlsruhe. Ihm soll, wie die „Magdeburgische Zeitung“ angibt, schon früher einmal von der Polizei der Revolver abgenommen sein. Er hat ihn dann aber wieder zurückgehalten, natürlich, um sich vor dem Terrorismus der Streikenden schützen zu können. — Unbegreiflicherweise ist der Revolverheld bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Erbsünde auf Sidsensee. Wie aus Greifswald gemeldet wird, sind infolge harter und anhaltender Regengüsse von der westlich von Rügen gelegenen Insel Sidsensee größere Erdmassen ins Meer gestürzt, so daß das ganze Vorland verschunden ist. Sidsensee (Hütteninsel) ist schon wiederholt von Wetterkatastrophen heimgesucht worden. Das etwa 17 Kilometer lange, schmale Eiland wurde im Jahre 1808 durch eine Sturmflut von Rügen getrennt und litt 1867 und 1872 von neuem durch Sturmfluten. Die Wohnerschaft nährt sich hauptsächlich von Fischfang. Die jegliche Vernichtung des Vorlandes dürfte das Vadeleben der Insel, es existieren dort zwei Badoorte, Betty und Kloster — schwer beeinträchtigen, was in Anbetracht der tüchtigen, aber sehr armen Bevölkerung zu bedauern wäre.

Vorsicht mit Waffen. Die 16jährige Tochter des Direktors Hirschberg in Gelsenkirchen hantierte mit einem Revolver. Plötzlich entfiel sich die Waffe und das Mädchen wurde auf der Stelle getötet.

Eisenbahnunglück. Montag nacht um 2 Uhr stieß der Belgrader Konventionalexzug auf der Station Kufabel mit einem Güterzuge zusammen. Drei Reisende wurden schwer, mehrere Zugbedienstete leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Schweres Unglück. In Wiseg bei Eger (Böhmen) hat ein Obstbauer drei Knaben mit gebactem Weiz von einem Apfelbaum heruntergeschossen. Der eine Knabe wurde getötet, der zweite schwer verletzt und der dritte fiel vor Schreck herab und brach ein Bein.

Schreckliches Unglück. Der amerikanische Multimillionär Luna ist in Socorro (am Rio Grande in New Mexiko) auf furchtbare Art ums Leben gekommen. Auf seiner seine ausgebreiteten Ländereien beschäftigte, schenkte sein Pferd vor einem großen Kessel, der zur Verarbeitung von Konservenfleisch diente. Luna verlor die Steigbügel und wurde in den mit tochenden Fleischstücken gefüllten Kessel geschleudert. Er konnte nur als Leiche herausgezogen werden.

Vom Zuge erfasst und getötet. Drei Arbeiter der französischen Nordbahn, die bei Longouen mit der Errichtung einer Kohlenverladerbrücke beschäftigt sind, wurden von dem Expreszug Paris-Calais erfasst. Zwei wurden sofort getötet, der dritte ist schwer verletzt.

Belagerung einer Mädchenschule in Nicaragua. Amerikanische Marinejoldaten sind von dem Gesandten in Nicaragua aufgefordert worden, einer höheren Mädchenschule in Granada zu Hilfe zu kommen, die seit vierzehn Tagen durch Aufständische von der Außenwelt abgeschnitten ist. Die Schülerinnen schweben in Gefahr, vor Hunger zu sterben. Die Schule steht unter französischer Aufsicht und wird von zahlreichen fremden Schülerinnen besucht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

„Ja, aber wenn man hoch sitzt?“
„Ne“, sagte Mutter Rant, „das ist es nicht. Gehten wir denn nicht aus? Aber bei uns ist das anders, ja...“
„Sag mir, was du denkst“, sagte Mutter Rant, „was ist es nicht. Gehten wir denn nicht aus? Aber bei uns ist das anders, ja...“
„Sag mir, was du denkst“, sagte Mutter Rant, „was ist es nicht. Gehten wir denn nicht aus? Aber bei uns ist das anders, ja...“

„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“

„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“

„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“
„Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...“

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...
Das Sportleben lag im Strömungsbereich des Herrn...

Die Feuerbestattung und ihre Ausführung.

Auf der Tagesordnung des Vereines für öffentliche Gesundheitspflege sprach Rechtsanwalt Dr. R a t e n b o r f (Gumburg) über obgenanntes Thema. Er legte folgende Aufgabe vor: 1. Die Bestattung der Toten bildet eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege. Als eine Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege ist die Bestattung zu betrachten. Die Bestattung ist eine öffentliche Angelegenheit. Die Bestattung ist eine öffentliche Angelegenheit. Die Bestattung ist eine öffentliche Angelegenheit.

Für unsere Frauen.

Unterstützung.
Unterstützung.
Unterstützung.

Das Dienstmädchen.

Das Dienstmädchen.
Das Dienstmädchen.
Das Dienstmädchen.